

9/4 - Montag 9 1/2 Besprechung im Detm. Rathause
 mit Dr. Nacke, Hoffmann wegen Beteili-
 gung an Arbeit im öff. Dienst. Ich
 bitte die Herren, auf mich zu verzich-
 ten. Ich lehne jede amtl. Tätigkeit
 ab.
 Im Hause Wiesenstr. gearbeitet
 Kartoff. gepflanzt

9. 4. Montag. 9 1/2 Besprechung im Detm. Rathause
 mit Dr. Nacke, Hofmann wegen Beteili-
 gung an Arbeit im öff. Dienst. Ich
 bitte die Herren, auf mich zu verzich-
 ten. Ich lehne jede amtl. Tätigkeit
 ab.
 Zu Hause Wiesenstr. gearbeitet
 Kartoff. gepflanzt.

Aus: Karl-Alexander Hellfaier: Aufzeichnungen von Heinrich Drake aus den letzten
 Tagen des Dritten Reiches. Detmold 1981, S. 9.

In den Tagen v. 19. bis 21. 4. weitere Verhand-
lungen vorbereitender Art.

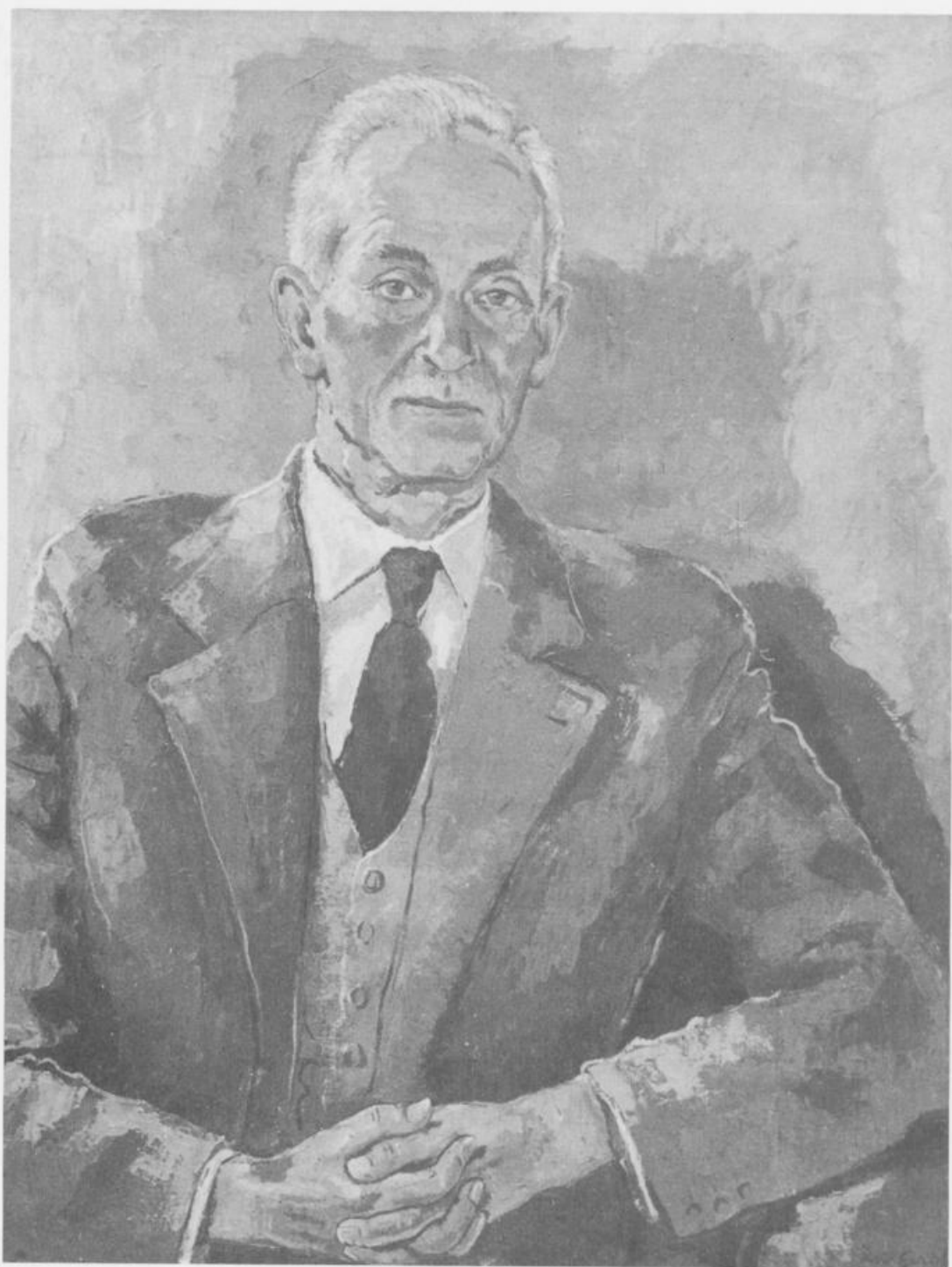
Freitag früh habe ich die Beamten
und Angestellten der Reg. vor mir
gehabt und in kurzen Worten
ohne auf die Vergangenheit einzuge-
hen, gesagt, daß ich von ihnen streng-
ste Pflichterfüllung erwarte.

Dasselbe am 21. 4. früh gegenüber
den Beamten pp. des Landratsamts
Detmold.

In den Tagen v. 19. bis 21. 4. weitere Verhand-
lungen vorbereitender Art.

Freitag früh habe ich die Beamten
und Angestellten der Reg. vor mir
gehabt und in kurzen Worten,
ohne auf die Vergangenheit einzu-
gehen, gesagt, daß ich von ihnen streng-
ste Pflichterfüllung erwarte.

Dasselbe am 21. 4. früh gegenüber
den Beamten pp. des Landratsamts
Detmold.



Heinrich Drake 1881 – 1970.
Nach einem Gemälde von Richard Sprick 1965.

Heinrich Drake im historisch-politischen Umfeld seiner Zeit

Die Vortragsreihe gehört in das Veranstaltungsprogramm, das von der Lippischen Landesbibliothek zum 100. Geburtstag des lippischen Landespräsidenten mit einer Ausstellung „Die Ära Drake – Themen und Aspekte der deutschen Zeitgeschichte“ eingeleitet wurde¹⁾. Im Kaiserreich, am 20. Dezember 1881 in Lemgo geboren, erlebte und durchlebte Drake nicht nur das in die Geschichtsschreibung als „Weimarer Republik“ eingegangene Deutsche Reich, sondern drückte dem kleinen Land Lippe, über dessen Geschicke er in schwerer Zeit mit zu befinden hatte, seinen Stempel auf.

Dem dreiköpfigen Landespräsidium, das die am 21. Dezember 1920 in Kraft gesetzte lippische Verfassung vorsah, gehörte Drake als geschäftsführendes Mitglied an ganz gleich, wie auch immer die Landtagswahlen ausfallen mochten und die Regierungskoalition im 21 Mitglieder zählenden Parlament aussah. Das Triumvirat war der Regierung übergeordnet, hatte keine Ministerfunktion und konnte nur geschlossen vom Landtag gestürzt werden; doch an einen solchen Sturz wurde ernsthaft nicht einmal gedacht. Das Landespräsidium war eine Besonderheit der lippischen Nachkriegsverfassung, die man mit den Verfassungen von Oldenburg und Anhalt verglichen hat.

Als am 1. April 1932 die Zusammenlegung des Landespräsidiums und der Regierung zu einer Landesregierung erfolgte, übernahm Heinrich Drake – nach Kittel* die „markanteste politische Persönlichkeit Lippes“ der Nachkriegszeit und „ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht“ – als Präsident der Landesregierung, kurz „Landespräsident“ genannt, den Vorsitz. Dem Parlament verantwortlich, entschied er kollegial mit den vom Landtag ge-

¹⁾ Auswahl- und Ausstellungskataloge der Lippischen Landesbibliothek Detmold. Heft 16. 1981. Hrsg. von K.-A. Hellfaier.

* Erich Kittel: Heimatchronik des Kreises Lippe. 2. Aufl. 1978, S. 290.

wählten beiden anderen nebenamtlichen Mitgliedern der Landesregierung die politischen Angelegenheiten und führte in oberster Instanz mit den Dezernenten die Verwaltungsgeschäfte, eine Position, die, wie Kittel bemerkt, ganz auf Drake „zugeschnitten“ war.

Die 12 Jahre des Tausendjährigen Reiches haben wohl Drakes Amtsführung unterbrechen, nicht aber seine bescheidene, sparsame und tüchtige Verwaltung, die einen Historiker noch nicht gefunden hat, aus der Geschichte tilgen können. Von Beruf Journalist und Stenograph des lippischen Landtages in fürstlicher Zeit, seit etwa 1910 Mitglied der sozialdemokratischen Partei, aus der er am 23. Juni 1933 seinen Austritt erklärte, stieg Drake nach dem Weltkrieg vom Schriftführer des Volks- und Soldatenrates zum Präsidenten der obersten lippischen Landesbehörde auf. Erst der spektakuläre Landtagswahlerfolg der NSDAP vom 15. Januar 1933 setzte seiner Tätigkeit ein Ende. Auch wenn die NSDAP, die bis dahin im Landtag nicht vertreten war, die absolute Mehrheit nicht erreichte, so avancierte sie doch mit neun Abgeordneten zur stärksten Partei. Der Landtag wurde am 15. Mai „gleichgeschaltet“ und 1934 aufgelöst. Die Landesregierung fungierte seitdem unter einem Reichsstatthalter für Lippe und Schaumburg-Lippe, der zugleich als Oberpräsident und Gauleiter für Westfalen-Nord amtierte und 1936 selbst Regierungschef wurde.

Im Jahre 1938 erging ein Schiedsspruch des Reichsgerichts über eine zusätzliche finanzielle Abfindung des fürstlichen Hauses, dem in einem bereits am 31. Oktober 1919 zwischen dem Freistaat Lippe und dem vormals regierenden Fürsten Leopold IV. geschlossenen Dominalvertrag Schloß Detmold, Jagdschloß Lopshorn und die Oberförsterei Berlebeck überlassen worden waren, ein Vergleich, an dessen Zustandekommen Drake maßgeblich beteiligt war.

Am 17. April 1945, zwölf Jahre nach der später als Beginn der „Machtergreifung“ gefeierten lippischen Landtagswahl, drei Wochen vor dem Waffenstillstand, der den Zweiten Weltkrieg ohne Friedensschluß beendete, wurde Drake von der zunächst in

Detmold residierenden britischen Militärbehörde wieder als Landespräsident eingesetzt; Oberst Shepherd gab dem damals 63jährigen am 13. April unmißverständlich zu verstehen, daß er ihm die Übernahme dieses Amtes auch befehlen könne, woran er aber vorerst noch nicht denken wolle. Und wenn Drake in diesem Gespräch dem britischen Oberst auch erklärte²⁾, er sei deutsch und wolle und werde auch deutsch bleiben und müsse in der furchtbaren Lage zu seinem Volk und Land im Leben und im Tod stehen, so fehlten doch dem Akt, mit dem Drake wieder in das Amt des Landespräsidenten berufen wurde, alle demokratischen Weihen, wie sie uns heute geläufig sind oder es doch wenigstens sein sollten.

Wohl sind Räte Instrumente der direkten Demokratie, mit denen Unterdrückte und Unterprivilegierte ihre Anliegen selbst zu regeln suchen, doch die Arbeiter und Soldatenräte, die sich in Lippe in den ersten Novembertagen des Jahres 1918 als Volks- und Soldatenräte konstituierten, verdanken revolutionärer Eigengesetzlichkeit Provenienz und Existenz; auch ihnen fehlte daher das demokratische Placet, an dem heute die Legalität einer Demokratie gemessen wird. Gleich der erste vom 10. November 1918 datierte Aufruf des lippischen Volks- und Soldatenrates, der Drake zum Verfasser hat, gibt bereits in seinen beiden ersten Sätzen unmißverständlich zu verstehen, wer von nun an das Sagen hat: „Die vollziehende Macht in Lippe ruht bei dem Volks- und Soldatenrat zu Detmold. Die Landesregierung folgt seinen Weisungen“.

Der Volks- und Soldatenrat kontrollierte die Verwaltung, befaßte sich mit der Demobilisierung, Lebensmittelversorgung und öffentlichen Ordnung und hat bis zum 8. Februar 1919 amtiert; er ist in seinem von ihm selber gesetzten Recht nie beschränkt, behindert oder angezweifelt worden und war bis zum Zusammentritt des neuen Landtages Fürst, Staatsministerium und Volksvertretung zugleich. Es waren, wie Drake 50 Jahre später in

²⁾ K.-A. Hellfaier: Aufzeichnungen von Heinrich Drake aus den letzten Tagen des Dritten Reiches. Detmold 1981, S. 13–15. (Kleine Faksimiles aus der Lippischen Landesbibliothek Detmold. H. 5)

einem Rückblick formulierte, „Rechte aus eigener Hand“ nach der Devise: „ In einem Augenblick, wo man nicht einschlafen darf, ist der feste Handgriff nach einer Klinke mehr wert als die Legalität“. Die sich überall bildenden Arbeiter- und Soldatenräte stießen kaum auf Widerstand.

In seiner Eigenschaft als Schriftführer des Detmolder Volks- und Soldatenrates führte Drake die Protokolle und den gesamten Schriftverkehr. Die Niederschriften über die 47 Sitzungen liegen in einem 236 Druckseiten umfassenden Band vor, eine Rarität, denn nur die Protokolle von wenigen örtlichen Volks- bzw. Arbeiter- und Soldatenräten haben einen Drucker gefunden. Es ist das Verdienst von Heinrich Drake, daß sie für Detmold gedruckt vorliegen.

Aus dieser historisch-politischen Vergangenheit kam Heinrich Drake, der 15 Jahre später unter Zeugen seine Regierungsgeschäfte an die nationalsozialistischen Machthaber übergab, worüber Niederschriften Aufschluß geben. Mit Drake, der in der Fürstin Pauline, der aus Anhalt-Bernburg stammenden Prinzessin, Leitbild und Vorbild sah, schied der einzige Politiker des Deutschen Reiches, der in ununterbrochener Folge von 1919 bis 1933 an der Spitze eines Landes gestanden hat.

Drakes Amtsführung hat das Prädikat „überparteilich“ erhalten nicht nur im Landtag, wo sich Drake-Anhänger auch in den Reihen der anderen Parteien fanden, sondern auch in der lippischen Bevölkerung, die diesen nüchtern und praktisch denkenden Politiker par excellence in seinem Streben nach Gerechtigkeit achten und schätzen gelernt hatte. Die Wahlergebnisse über die personelle Zusammensetzung des Landespräsidiums stellen der von den Nationalsozialisten als „Drake-System“ diffamierten lippischen Demokratie ein Zeugnis aus, das ohne Beispiel dastehen dürfte: Am 12. Februar 1919 entfielen auf Drake 19 von 20 Stimmen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die SPD 11 Sitze im Landtag. Am 19. Februar 1921 erhielt Drake 13 von 20 Stimmen, als die SPD über 8 Sitze im Landtag verfügte und in der letzten Wahl vor der sogenannten „Machtergreifung“, am 20. Februar 1925, er-

hielt Drake 18 von 20 Stimmen, obwohl seine Sozialdemokraten nur über 8 Sitze im Landtag verfügten.

Der nach einem noch vom Vorkriegslandtag angenommenen neuen Wahlgesetz gewählte Landtag von 1919 hatte eine sozialdemokratische Mehrheit. Doch die SPD, die aus allen Wahlen als größte Partei im Lande hervorging, hatte eine Landtagsmehrheit kaum nötig. Die Demokratie funktionierte in Lippe; vielleicht, weil die Verfassung keine Parteien kannte. Zwischen Demokratie und Parteienkratie liegen eben Welten. Drake besaß das Vertrauen der meisten Landsleute, weil er während seiner Regierungszeit eine „saubere Weste“ behalten hatte, bestätigte 1938 Dr. Arno Schröder, der Gaupressewart der NSDAP, in seiner Schrift „Hitler geht auf die Dörfer“, dem seit fünf Jahren im „Ruhestand“ lebenden Landespräsidenten. Noch unverdächtiger kann ein Zeuge nicht sein.

Mit seinen „Aufzeichnungen aus den letzten Tagen des Dritten Reiches“³⁾ enden Drakes „passive“ Jahre, die ihm eine dreitägige „Schutzhaft“ in der Detmolder Strafvollzugsanstalt Mitte Mai 1933, ein Verhör vor dem Kreisleiter Anfang Januar 1939 und durch die Geheime Staatspolizei Ende August 1944 eine abermalige „Schutzhaft“ einbrachten; letztere dürfte mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 im Zusammenhang gestanden haben. Am 1. Oktober kehrte Drake mit Rucksack und Spaten von einem Schipp- und Schanzkommando, mit dem er am 2. September nach Holland abmarschiert war, nach Detmold wieder zurück, um das Ende zu erleben. Die „Aufzeichnungen“ geben einen Einblick in das Geschehen seines persönlichen Umfeldes.

Drakes „Aufzeichnungen“ brechen einige Tage nach seiner Ernennung zum Landespräsidenten ab, was verständlich ist; denn alles, was Drake jetzt zu sagen hat, trägt amtlichen Charakter und findet in den Akten seinen Niederschlag. Für eine doppelte „Buchführung“ fehlten nun Zeit und Muße.

Fast zwei Jahre bekleidete Drake das Amt des Landespräsidenten zeitweise für Lippe und Schaumburg-Lippe, zwei Länder, die

³⁾ Vgl. Anmerkung 2.

durch die Nachkriegsereignisse zur britischen Zone geschlagen worden waren. Die Anschlußfrage flammte erneut auf mit dem Ergebnis, daß 1946 Schaumburg-Lippe dem neuen Land Niedersachsen eingegliedert wurde. Durch Gesetz vom 5. November 1948 erfolgte die Vereinigung des Landes Lippe mit dem neuen Land Nordrhein-Westfalen, mit der Lippes 800jährige eigenständige Geschichte und politische Selbständigkeit enden.

In dem mit Gesetz vom gleichen Tage begründeten Landesverband Lippe, einer Körperschaft des Öffentlichen Rechts, dem die Verwaltung des nicht mit dem Land Nordrhein-Westfalen vereinigten Vermögens des früheren Landes Lippe obliegt, ist bis zum heutigen Tage ein Rest lippischer Eigenstaatlichkeit deutlich sichtbar erhalten geblieben. Drake war es gelungen, in den sogenannten „Punktationen“, die vom 4./5. Dezember 1946 datieren, dem Land Nordrhein-Westfalen günstige Bedingungen abzuhandeln, was Schaumburg-Lippe, Braunschweig und Oldenburg von sich nicht sagen können, die nach Niedersachsen eingemeindet wurden.

Im Landesverband Lippe führte Drake bis zum 31. Mai 1966 den Vorsitz, unterbrochen von der Legislaturperiode 1953–1956, in der er nur Mitglied der Versammlung war. Mit fast 85 Jahren schied er aus dem politischen Leben und starb am 12. Juni 1970 fast 90 Jahre alt. Mit ihm ging eine Ära zu Ende, die Ära Drake.

I

Die Vorträge beleuchten in Partien den regionalen und überregionalen historisch-politischen Hintergrund dieser Ära, der mit der Ära Seeckt beginnt und mit der Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen endet. Gewiß, die Ära Drake hat die Ära Seeckt⁴⁾ um Jahre überdauert, doch begonnen hat sie wie die Ära Drake im Jahre 1919. Es ist dies das Jahr, in dem Seeckt als Leiter der militärischen Vertretung der deutschen Friedensdelegation in

⁴⁾ Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär und Innenpolitik 1920–1922. Bearb. von Heinz Hürten. Düsseldorf 1979.

Versailles fungierte und nach dem Ausscheiden Hindenburgs Chef des Generalstabes der Armee wurde. Im selben Jahr avancierte er zum Chef des neuerrichteten Truppenamtes und nach dem Kapp-Putsch, aus dem er die Reichswehr klugerweise herausgehalten hatte, am 5. Juni 1920 zum Chef der Heeresleitung, ein Amt, das er als die Aufgabe seines Lebens bezeichnete. Die Reduzierung des Heeres durch das Diktat von Versailles auf 100 000 Mann suchte Seeckt durch Zusammengehen mit Sowjet-Rußland auszugleichen, das ihm die Erprobung der in Deutschland verbotenen Panzerkampfwagen und Flugzeuge gestattete. In Ost-Berlin und in Moskau hält man die Zeit noch nicht für gekommen, das Tabu der Beziehungen zwischen Reichswehr und Roter Armee zu brechen. Wie Friedrich der Große in Ost-Berlin wieder Unter den Linden reitet, kann vielleicht eines Tages auch Seeckt in Moskau ein Reiterstandbild erhalten. Dialektik macht alles möglich.

Monarchisch und der parlamentarischen Staatsform fremd, trug sich Seeckt doch ernsthaft mit dem Gedanken, bei Ablauf der Amtszeit Eberts selbst für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren, das demokratischste Amt, das die deutsche Demokratie jemals zu vergeben hatte, – ein Themenkomplex, der noch einer besonderen Erörterung bedarf.

„Generaloberst von Seeckt und das Reichsheer – ein Staat im Staate?“ als überregionales Vortragsthema gedacht, hat auch regionale Bezüge, wie man sie sich willkommener nicht wünschen kann. Hans von Seeckt besuchte nämlich in den Jahren 1875–79 das Gymnasium Leopoldinum in Detmold, das er wohl nicht als Primus omnium aus der Tertia verließ, als der Vater versetzt wurde. Religionslehre „gut“, Betragen „befriedigend“ und Turnen „noch nicht genügend“ (was heute einer 4 – entspricht! d. Verf.) waren die herausragenden Zensuren im Sommer-Zeugnis 1879. Sein Vater, Oberstleutnant und Kommandeur des III. Bataillons des Infanterie-Regiments Graf Bülow von Dennewitz (6. Westf.) Nr. 55, meldete anlässlich der feierlichen Einweihung des Hermannsdenkmals am 16. August 1875 das Bataillon dem Deut-

schen Kaiser, das zur Paradeaufstellung auf dem Schloßplatz angetreten war.

Unter den vielen Zuhörern, die sich den Vortrag von Dr. Dermot Bradley anhörten, befand sich Herr Waldemar Hollmann aus Brake, der als junger Soldat der Reichswehr auch Fahrer des Generals von Seeckt gewesen ist. Er wurde mit großem Beifall begrüßt.

Für den Hinweis auf Waldemar Hollmann hat der Verfasser Herrn Erich Webel, Lemgo, zu danken, der den 81jährigen Herrn auch zum Vortrag begleitet hatte; Herr Hollmann ist am 6. Juli 1982 verstorben.

II

Das Dritte Reich hat nicht nur mit Grausamkeit, Verbrechen und Mord geendet, es hat damit auch begonnen. Mit zu den ersten Opfern gehört der Redakteur beim sozialdemokratischen Volksblatt in Detmold Felix Fechenbach, der am 7. April 1933 von einem Detmolder SA-Mordkommando bei Scherfede, 55 km von Detmold, „auf der Flucht erschossen“ wurde, wie einige Tage später in der Presse zu lesen war. Kein Detmolder und auch kein Lipper von Geburt, war Fechenbach aber doch durch seine journalistische Tätigkeit mit dieser Landschaft sehr verbunden, aus der auch seine Mörder kamen. Das Eiserne Kreuz, mit dem er aus dem Weltkrieg 1917 verwundet und nicht mehr frontdienstfähig zurückkehrte, bedeutete für Fechenbach keinen Schutz, da er Pazifist und Jude und neben Heinrich Drake der gefragteste Redner für sozialdemokratische Parteiveranstaltungen und Wahlversammlungen war.

An die Stelle, an der Fechenbach erschossen wurde, erinnert ein Stein, den der inzwischen verstorbene Bundestagsabgeordnete August Berlin 1973 setzen ließ. Soldaten der Panzerbrigade 21 aus Augustdorf halfen ihm dabei. Von Helfern aus seiner Partei wußte August Berlin nichts zu berichten.

Der Vortrag „Felix Fechenbach – Sozialer Demokrat und politischer Journalist“ hat auch überregionale Bezüge. Handelt es sich doch um den einstigen persönlichen Sekretär des bayrischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, nach dessen gewaltsamen Tod Fechenbach der Fälschungen im „Solde des Feindbundes“ beschuldigt, zu einer mehrjährigen Strafe verurteilt worden war.

III

In Lippe ist Widerstand gegen das Dritte Reich nicht sichtbar geworden. Doch mutige Menschen hat es auch hier gegeben. Zu ihnen zählt Felix Fechenbach, dem man vielleicht mehr Waghalsigkeit als Mut attestieren sollte; aber er riskierte und das erforderte Mut, den die Masse nicht hatte. Mut zeigte Hermann van Senden, von dem im nächsten Vortrag die Rede ist; Mut bewies Frau Anna Heumann, geb. Flake, die dem jüdischen Kaufmann Julius Buchholz bei seinem Abtransport ins Konzentrationslager Lebensmittel zuzustecken versuchte und dafür im Gefängnis in Bielefeld einer ungewissen Zukunft entgegensah. Mut besaß Diether Heumann, der seine Mutter auf Anhieb aus dem Gefängnis frei bekam. Mut zeigte Wilhelm Gräfer, der Bürgermeister der Alten Hansestadt Lemgo, der allen Partei- und Widerstandsparolen hoher und höchster Offiziere zuwider, Lemgo vor der Zerstörung bewahren wollte und dafür von einem Mordkommando, das sich die Bezeichnung „Kriegsgericht“ zulegte, umgebracht wurde.

Niemand behauptet, daß der hier vielfältig gezeigte Mut Widerstand gewesen wäre; er verdient auch nicht das Epitheton Opposition, aber er verdient es, genannt zu werden.

Das Thema Widerstand gegen das Dritte Reich ist etwas entschieden anderes, ist sehr komplex und läßt sich nur schwer abgrenzen.

Abgesehen von den Spannungen der verschiedenen Widerstandsgruppen untereinander, war es unter den Bedingungen des totalen Staates unmöglich, die Herrschaft Hitlers durch eine

Volkserhebung zu stürzen. Die Forschung ist sich einig in der Tatsache, daß sich ein Umsturz nur mit Hilfe von Personen erreichen ließ, die staatliche Schlüsselstellungen bekleideten. Die aktive Spitze aber konnte nur in einer Wehrmacht gefunden werden. So sehr sich auch die älteren und höheren Dienstgrade des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen ihrer Ehrauffassung und dem Nationalsozialismus bewußt waren, jede Rebellion gegen das Staatsoberhaupt widersprach der Tradition des deutschen Offiziers. Das jüngere Offizierkorps aber wäre mit geringen Ausnahmen für den Gedanken eines Staatsstreiches nicht zu gewinnen gewesen, eine Annahme, die eines Beweises noch bedarf.

Zusammen mit Claus Graf Schenk von Stauffenberg arbeitete Henning von Tresckow generalstabsmäßig den Umsturzplan der Verschwörer des 20. Juli aus, der auf den „Walküre“-Plänen des Generals Friedrich Olbricht basierte und das Ersatzheer mobilisieren sollte.

Der Verfasser, zu diesem Zeitpunkt beim Ersatzheer (Panzer-Ersatz- und Ausbildungs-Abteilung 15 Sagan/Schles.), führte gemäß „Walküre“ den Befehl aus, der am 15. Juli telefonisch durchgegeben wurde, ohne von der Aktion zu wissen, die dadurch ausgelöst werden sollte.

An diesem Tage – so der Stand der Forschung – befand sich Stauffenberg mit dem Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fritz Fromm, bei Hitler auf dem Obersalzberg, wo das Attentat stattfinden sollte, dann aber doch nicht stattgefunden hat, da Hitler gleich nach Beginn der Besprechung das Konferenzzimmer verlassen hatte. Stauffenberg meldete das Mißlingen des Vorhabens nach Berlin, der „Walküre“-Alarm wurde zurückgerufen und als „Walküre Übung“ neu ausgegeben, obwohl es ein solches Stichwort in der „Geheimsache Walküre“ gar nicht gegeben hat.

Die bereits feldmarschmäßig ausgerüstete Truppe gab die scharfe Munition ab, erhielt Übungsmunition und marschierte ins Übungsgelände auf den „Dachsberg“. So spielte sich die am 15.

Juli ausgelöste Aktion in der Panzer-Kaserne „Großer Kurfürst“ in Sagan auf dem „Dachsberg“ ab. Bei dem am 20. Juli ausgegebenen Walküre-Alarm aber blieb es. Fünf feldmarschmäßig ausgerüstete Panzerkampfwagen wurden auf dem Güterbahnhof in Sagan, wie es später hieß, in Richtung Berlin verladen. Vom Schicksal dieser Soldaten hat der Verfasser nie wieder etwas gehört. Als er um Mitternacht den „Volksempfänger“ einschaltete, war auf allen erreichbaren Sendern nur von den „Verrätergenerälen“ die Rede, die einer gerechten Strafe nicht entgehen würden. Der Verfasser glaubte, es handle sich um auf deutsche Wellen eingebrochene „Feindsender“ und stellte das Gerät ab. Einige Tage später wurde ein junger Offiziersanwärter aus der Kompanie, der auch der Verfasser als Ausbilder angehörte, versetzt; wohin, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Es hieß, sein Vater habe zum Kreis der Attentäter gehört.

Die Forschung kann bis zur Stunde noch nicht sagen, ob der Aufstand mißlingen mußte; denn die Aktion in Paris vom Befehlshaber Frankreich, General Karl Heinrich von Stülpnagel, ausgelöst, rollte planmäßig ab. In Berlin brachten nicht alle Verschworenen die klare Entschlußkraft auf, die sich allein in Stauffenberg manifestierte, wird gesagt. Mit diesem Ergebnis wird man sich wohl zufrieden geben müssen.

Doch ganz gleich, zu welchem Ergebnis auch immer die Forschung noch kommen wird, nicht Fußballsiege und Mercedes-Wagen haben die Ehre Deutschlands wiederhergestellt, sondern das Handeln und Sterben der Männer des 20. Juli (Hans Rothfels). Zu ihnen gehört Henning von Tresckow.

IV

Der Vortrag „Hermann van Senden – Pastor und Zeitgenosse Heinrich Drakes“ gehört in entscheidenden Partien in das große Kapitel, das in der einschlägigen Literatur als „Kirchenkampf“

umschrieben wird und ein Ereignis besonderer Art in der deutschen Kirchengeschichte darstellt⁵⁾.

Wohl stand am Anfang das Bemühen beider christlichen Kirchen, mit dem nationalsozialistischen Staat einen *modus vivendi* zu finden, der sich aber sehr bald als Illusion herausstellen sollte; handelte es sich doch um Lebensbereiche, die eigenen Gesetzen folgten und sich nicht gleichschalten ließen. Aber die Kampfansage des Nationalsozialismus gegen Marxismus und Bolschewismus entsprach ganz den Empfindungen beider Kirchen; und auch in ihrer Kampfansage gegen die Juden konnten die Nationalsozialisten auf die Zustimmung beider Kirchen rechnen, hatte doch Martin Luther in seiner Schrift „Wider die Juden“ aufgefordert, die Synagogen in Brand zu stecken, und der fromme lutherische Liederdichter Ernst Moritz Arndt das „reine Blut“ verherrlicht und die Juden verächtlich gemacht. Schließlich war auch im *Missale Romanum*, dem Text der katholischen Meßliturgie, im Karfreitagsgebet für das Volk der Christusmörder die Rede von den „*perfidis Judaeis*“, Worte, deren Wegfall erst Papst Johannes XXIII. 1959 verfügte.

In Anbetracht einer solchen Tradition lag eine Versuchung für die Christen beider Kirchen, Kreuz und Hakenkreuz zu verbinden, und das Jahr der „nationalen Erhebung“ schien daher auch ein Jahr der Kirchen zu sein. In Wirklichkeit war der „Tag von Potsdam“ mit seinem kirchlichen Zeremoniell und die Regierungserklärung Hitlers vom 23. März 1933 mit dem Versprechen, die christlichen Kirchen zu schützen, ein Akt reiner Zweckmäßigkeit und Propaganda, was jeder wissen konnte, der

⁵⁾ In enger Anlehnung an Karl Dietrich Erdmann: Die Kirche im nationalsozialistischen Deutschland. – In: Die Zeit der Weltkriege. Stuttgart 1976, S. 434–446 (Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. 4. Hrsg. v. Albert Grundmann) mit zahlreichen Literaturangaben. – Vgl. auch: Günther van Norden: Der deutsche Protestantismus im Jahr der Machtergreifung. Gütersloh 1979, – Kirche im Krieg. Der deutsche Protestantismus am Ende des Zweiten Weltkrieges. Hrsg. von Günter Brakelmann. München 1979, – Karl Binder: Irrtum und Widerstand. Die deutschen Katholiken in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. München 1968 u. Raimund Baumgärtner: Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Die Auseinandersetzung der Kirchen mit Alfred Rosenberg. Mainz 1977. – Weitere Literatur in: „Die Ära Drake – Themen und Aspekte der deutschen Zeitgeschichte.“ Detmold 1981. (Auswahl- und Ausstellungskataloge der Lippischen Landesbibliothek. Heft 16). Hrsg. von K.-A. Hellfaier.

es ernsthaft wissen wollte. Wohl hatte die katholische Kirche in den vorhergehenden Jahren in verschiedenen bischöflichen Einzelklärungen scharf gegen den Nationalsozialismus Stellung genommen, doch mit dem nationalsozialistischen Staat nach dem Tag von Potsdam, wenn auch mit Vorbehalt, Frieden geschlossen und die Gläubigen zur Treue gegenüber der „rechtmäßigen Obrigkeit“ aufgefordert.

Trotz des am 20. Juli 1933 unterzeichneten Konkordats erwies sich der Gegensatz zwischen der katholischen Kirche und dem Staat als unüberbrückbar, da letzterer von vornherein nicht gewillt war, sich an die getroffenen Vereinbarungen zu halten.

Zum offenen Konflikt kam es, als Graf von Galen, Bischof von Münster, die christenfeindlichen Anschauungen Alfred Rosenbergs angriff und seinen Diözesanen verbot, Rosenbergs Versammlungen zu besuchen und auch die Fuldaer Bischofskonferenz warnende Hirtenbriefe verkünden ließ. Die Zeit der Koexistenz zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Staat beendete Papst Pius XI. mit seiner Enzyklika „Mit brennender Sorge“, in der er den Nationalsozialismus und seinen Staat expressis verbis der „Falschmünzerei“ bezichtigte und in scharfen Formulierungen die germanisch-völkischen Irrlehren Rosenbergs und der nationalsozialistischen Ideologie verwarf. Das am 21. März 1937 von den Kanzeln verlesene päpstliche Rundschreiben wurde auch wegen seines starken Echos im Ausland als eine offene politische Kampfansage gewertet und seine weitere Verbreitung daher staatlich untersagt. Verhaftungen von Priestern und Ordensleuten nahmen von nun an verschärft ihren Fortgang.

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges endete der Kirchenkampf in dieser Form, weil Hitler davon eine Beeinträchtigung der Wehrbereitschaft befürchtete. Das Ziel, die Vernichtung beider Konfessionen, aber blieb.

Der Protestantismus ging in die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Staat nicht mit der gleichen organisatorischen und dogmatischen Geschlossenheit hinein wie die katholi-



sche Kirche. Er war daher anfälliger gegenüber der nationalsozialistischen Einheitsparole, doch zu einem Übereinkommen kam es nicht, im Gegenteil.

Der Kirchenkampf im Protestantismus war weitgehend eine innerkirchliche Auseinandersetzung verschiedener Richtungen, in die Staat und Partei eingriffen; denn die zahlenmäßig bedeutende Gruppe der „Deutschen Christen“, die sich als der innerkirchliche Teil der nationalsozialistischen Bewegung betrachtete, bemühte sich eifrig, den Glauben an Christus mit den „Gesetzen von Blut und Boden“ und dem Führermythos zu vereinen. Aber gerade diese hitlerhörige Gruppe provozierte im besten Sinn des Wortes eine „Bekennende Kirche“, die die Forderung nach der Reinerhaltung des evangelischen Bekenntnisses nicht nur erhob, sondern auch durchsetzte. Sie verweigerte dem von Hitler geförderten „Reichsbischof“ den Gehorsam, berief ihrerseits den „Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland“ und leistete kompromißlosen Widerstand, als die von den Deutschen Christen beherrschte Kirchenleitung die Durchführung des „Arierparagraphen“ verlangte, was mit der Ausstoßung von Pfarrern jüdischer Abstammung aus ihrem Amt identisch war, und vom Pfarrer einen Eid auf die Person Hitlers forderte^{**}. Die Gründung eines „Pfarrernotbundes“ war die Folge, dem sich bis Ende 1933 rund 6000 Geistliche, etwa ein Drittel der evangelischen Pfarrerschaft, anschlossen. Sein Initiator, der Dahlemer Pfarrer Martin Niemöller, wurde am 11. November 1933 seines Amtes enthoben, was den ehemaligen U-Boot-Kommandanten nicht hinderte, Maßnahmen der Hitlerregierung zuzustimmen, die er im nationalen Interesse für richtig hielt. In einem Telegramm an Hitler im November 1933 billigte er den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und nach Kriegsausbruch fragte er aus der Haft bei Hitler an, ob es für ihn eine Verwendung bei der Marine gäbe.

^{**} Karl Barth, damals Ordinarius in Bonn, dem der Nationalsozialismus als einem schweizerischen Reformierten und Demokraten verhaßt war, leistete dennoch nach anfänglichen Bedenken den Beamteneid auf die Person Hitlers, nachdem die Bekennende Kirche ein klares Wort über Gewicht und Grenze der Eidesbindung gesagt hatte. Vgl. Anm. 5. Karl Dietrich Erdmann, S. 439.

1967 wurde Martin Niemöller von Moskau mit dem Leninorden in Gold ausgezeichnet; nicht nur die Ereignisse, auch Charaktere sind komplex.

Den endgültigen Trennungsstrich zwischen dem auf seine reformatorische Grundlage sich zurückbesinnenden Protestantismus und dem Reichskirchenregiment zog die vom 29. bis 31. Mai 1934 in Barmen tagende Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche; auf der vom 19. und 20. Oktober wurde die schriftwidrige Einführung des weltlichen Führerprinzips in die Kirche und die darauf begründete Forderung eines bedingungslosen Gehorsams verworfen, gegen die unrechtmäßige Kirchenleitung des Reichsbischofs und der Staatsorgane das kirchliche Notrecht proklamiert und als oberstes Organ der Bekennenden Kirche ein Bruderrat berufen, der ein „vorläufiges Kirchenregiment der Deutschen Evangelischen Kirche“ einsetzte.

Die Gleichschaltung des Gesamtprotestantismus war mißlungen. Hier wie in der römisch-katholischen Kirche wurde die unabdingbare Eigenständigkeit gegen die totalitären Ansprüche des Nationalsozialismus behauptet. Die Kirchenfrage war ungelöst, als der Krieg begann und Hitler gegenüber den Kirchen eine Politik des Burgfriedens anordnete, ohne dabei von dem Ziel abzugehen, nach dem Kriege Deutschland radikal zu entchristlichen.

Soweit die Amtskirche und ihre Sprecher im Jahre 1933 die „Machtübernahme“ begrüßten, wird man diesen politischen Irrtum der Kirchen als Teil jener allgemeinen konservativen Fehleinschätzung der NSDAP durch die Führungsschichten des deutschen Volkes ansehen können.

Die Kirchen haben die nationalsozialistische Ideologie verurteilt, aus denen sich die Massentötungsaktionen ergeben sollten, und auch nicht zum sogenannten Euthanasie-Programm geschwiegen. Katholische und evangelische Organe haben jüdischen Auswanderern materielle und organisatorische Hilfe geleistet. Der Vatikan und der päpstliche Nuntius in Berlin haben Bedrängten in der Zeit der schwersten Verfolgung geholfen. Aber beide Kirchen und der Vatikan haben ihre Stimmen nicht zu öffentlicher Anklage erhoben, als im November 1938 in Deutschland die

Synagogen in Brand gesteckt und die Juden entrechtet und enteignet wurden. Es gab aber einzelne Priester und Geistliche, die nicht versagten. Dompropst Bernhard Lichtenberg von St. Hedwig in Berlin betete im Gottesdienst für die verfolgten Juden und rief seiner Gemeinde zu: „Draußen brennt der Tempel – das ist auch ein Gotteshaus!“ Zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, starb der Propst bei einer anschließenden Überführung in ein Konzentrationslager. Hierher gehört Pastor Hermann van Senden, der in einer mutigen Predigt den Frevel an der Detmolder Synagoge angeprangert hat, an die heute nur noch eine Gedenktafel erinnert.

Gegen den Mord an Juden haben im Kriege Kirchenführer beider Konfessionen – darunter auch der Papst – hier und da ihre Stimmen erhoben, der Kölner Erzbischof Joseph Frings in mehreren Verlautbarungen und der Württembergische evangelische Landesbischof Theophil Wurm, der wiederholt als Sprecher der Kirche gegenüber dem Staat hervorgetreten ist.

Die kirchlichen Proteste wurden, anders als in der Euthanasiefrage, von den Machthabern nicht zur Kenntnis genommen. Die Frage, warum eine Reaktion ausgeblieben ist, konnte bisher noch nicht beantwortet werden. Doch das Urteil über diese Frage und gewiß noch manch andere hängt nicht zuletzt davon ab, an welchen Maßstäben die Kirchen selber gemessen werden wollen.

Unter den Freikirchen und Sekten ragen die Zeugen Jehovas wegen ihrer kompromißlosen Frontstellung gegen den nationalsozialistischen Staat heraus. Sie verweigerten den Hitlergruß, leisteten keinen Eid und lehnten den Wehrdienst ab, nicht auszuweichen der weitere Verlauf der deutschen Geschichte, wenn auch die beiden großen christlichen Kirchen nach diesen Prinzipien gehandelt hätten. Viele Anhänger dieser kleinen Religionsgemeinschaften kamen um oder wurden hingerichtet. Das ist das historisch-politische und kirchengeschichtliche Umfeld, in das Hermann van Senden gestellt war.

Flucht und Vertreibung waren noch nicht abgeschlossen, als Heinrich Drake als Regierungspräsident zum Ostdeutschen Treffen am ersten Pfingstfeiertag 1951 anlässlich der 30jährigen Wiederkehr des Abstimmungssieges in Oberschlesien in einem Geleitwort seine persönlichen Gedanken zum Ausdruck brachte, die uns in einem kleinen Schriftchen überliefert sind:

„Den Heimatvertriebenen des Regierungsbezirks Detmold gilt mein Gruß und meine Hoffnung. Ich weiß, was sie erlebt haben, weiß um ihre familiären, persönlichen und seelischen Nöte, und ich bedaure herzlich, daß vieles, was zum Ausgleich und zur Linderung geschah, noch unzulänglich ist.

Das Heimatgefühl ist unsterblich, und es ist eindeutig bestimmt durch die Eindrücke, die uns die Heimatlandschaft, ihre Glocken und Laute, Vater und Mutter vermittelt haben. Pfingsten ist das Fest der Hoffnung. Möchten in dieser Zeit der Hoffnung unsere Kräfte wachsen, und möchte der Wille stark werden, ein echtes Heimatgefühl zu vermitteln, auch da, wo es zur Zeit noch nicht wieder ursprünglich empfunden werden kann“.

Die vom Regierungspräsidenten Detmold 1977 herausgegebene Dokumentation „30 Jahre danach – 1945 bis 1975 Flüchtlings- und Vertriebenenarbeit im Rgierungsbezirk Detmold“ macht Fragen und Probleme deutlich, vor denen die einheimische Bevölkerung, Flüchtlinge und Vertriebene standen. Hinter den vielen nüchternen Zahlen, die die kleine Schrift enthält, verbirgt sich eine Vielzahl von Schicksalen, verbergen sich Not und Elend, Krankheit und Tod auch nach geglückter Flucht oder überstandener Vertreibung.

In den Monaten nach dem Zusammenbruch vermischten sich auf den Landstraßen Flüchtlingsscharen mit den Millionen Evakuierten, die wegen des Bombenkrieges die Städte verlassen hatten. Viele Familien waren durch Gefangenschaft, Internierung, Flucht und Verschleppung auseinandergerissen worden. Nach einer immer noch vorläufigen Statistik wurden rund 15 Millionen

Menschen aus ihren angestammten Wohngebieten verjagt. Der Großteil ist in der Bundesrepublik Deutschland, ein kleinerer Teil in Mitteldeutschland ansässig geworden. 3,2 Millionen starben auf der Flucht, wurden erschlagen oder erfroren im strengen Winter 1944/45. Es bleibt eine bedrückende Feststellung, daß Menschen gegen Menschen einen so grauenhaften Vernichtungswillen zeigen konnten, wie dies im Kriege Deutsche gegen Polen, nach dem Kriege Polen gegen Deutsche getan haben. Vermutlich wäre manches Verbrechen nach 1945 nicht geschehen, wenn die kultivierte Bevölkerung in den vorausgegangenen Jahren nicht weitgehend umgebracht worden wäre.

Helmut Stieff, einer der Männer des 20. Juli (1944) schrieb angesichts der von Deutschen in Warschau verübten Verbrechen am 21. November 1939 an seine Frau: „Diese Ausrottung ganzer Geschlechter mit Frauen und Kindern ist nur von einem Untermenschentum möglich, das den Namen Deutsch nicht mehr verdient. Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein“. Die Furchtbarkeit der Verbrechen bleibt aber auch dann, wenn man sie gegenseitig aufrechnet. Man sollte es nicht. Doch sollte man Kenntnis von allen Verbrechen haben, auch von denen bei Katyn; Wissen hat noch nie geschadet.

VI

Nordrhein-Westfalen, eine Schöpfung der britischen Besatzungsmacht, ist ein „Produkt situationsbedingter wirtschaftlicher und politischer Überlegungen“ (Karl Dietrich Erdmann), ein Land ohne Tradition, mag man sich um eine solche noch so sehr bemühen.

Nordrhein-Westfalen verbindet das Industriegebiet an Rhein und Ruhr, das stärkste deutsche Industriepotential, und die chemischen Braunkohlen- und Kabelindustrien im Raum Köln mit dem landwirtschaftlichen Areal des Münsterlandes und den Waldbeständen des Sauerlandes in einer Verwaltungseinheit. Mit dieser Maßnahme wollte die britische Regierung den französi-

schen Bestrebungen entgegenwirken, den montanindustriellen Kern der deutschen Wirtschaft politisch zu internationalisieren, woran auch die Sowjetunion interessiert war.

Ein politisch-wirtschaftlicher Großraum in Westdeutschland hatte bereits nach dem Ersten Weltkrieg Konrad Adenauer vorgeschwebt, der sich daran in seinen Memoiren erinnert.

In das am 18. Juli 1946 konstituierte Land Nordrhein-Westfalen wurde am 21. Januar 1947 Lippe eingegliedert, nachdem Heinrich Drake in den sogenannten „Punktationen“ die Grundlage hierfür geschaffen hatte. Am 21. Januar 1947 trat der lippische Landtag in einem feierlichen Akt zu seiner letzten Sitzung zusammen. Das Land Lippe, das als einziges altwestfälisches Gebiet bis zu diesem Tag die politische Selbständigkeit behauptet hatte, existiert seitdem nicht mehr. Aus dem preußischen Regierungsbezirk Minden und dem Land Lippe wurde am selben Tag ein neuer Regierungsbezirk mit Regierungssitz in Detmold gebildet und der bisherige Landespräsident Heinrich Drake zum Regierungspräsidenten berufen.

In den von Drake ausgehandelten „Punktationen“ erhielt das im Land Nordrhein-Westfalen aufgegangene Land Lippe das Recht, für die Verwaltung des in Lippe verbliebenen Vermögens einen Zweckverband zu errichten, der im Landesverband Lippe mit Gesetz vom 5. November 1948 juristisch fixiert, aber erst nach Genehmigung durch die britische Militärregierung am 12. Oktober 1949 Wirklichkeit wurde.

Aufgabe des Landesverbandes Lippe ist es, „die kulturellen Belange und die Wohlfahrt der Bewohner im Bezirk des früheren Landes Lippe im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu fördern“. Die Verwaltung der Domänen, Forsten und ehemaligen Staatsbäder erfolgt mit dem Ziel, durch kulturelle und soziale Leistungen die Traditionen des ehemaligen Landes Lippe fortzusetzen⁶⁾. Das Bundesverfassungsgericht stellte in einem Urteil vom 28. Juli 1955 fest, daß die Punktationen, die auch den Vorstellungen der Militärregierung entsprachen, keinen Staatsvertrag darstel-

⁶⁾ Lutz Hambusch: Die Rechtsstellung des Landesverbandes Lippe. Münster 1971.

len, da insbesondere die Zustimmung beider Landtage fehlte; es verwies die beim Anschluß des Landes Lippe an Nordrhein-Westfalen getroffenen Absprachen in den Bereich der politischen Erklärungen, die auch dann ihre große Bedeutung haben, wenn man ihnen den Charakter eines bindenden Staatsvertrages abspricht: „Eine Regierung wird es nicht wagen können, feierliche Versprechungen zu brechen, die sie bei der Aufnahme eines anderen Landes abgegeben hat“. Das Bundesverfassungsgericht stellt darüber hinaus fest, daß der Anschluß auch ohne Volksabstimmung gültig sei. Von der bis zum 5. Februar 1956 bestehenden Möglichkeit eines Volksbegehrens machte Lippe keinen Gebrauch und bestätigte damit seine Eingliederung.

Die Geschichte des ehemaligen Landes Lippe ist in die Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen eingegangen, das noch wenig eigene Geschichte hat. Doch die Einheit der Landesgeschichte ist gar nicht an einen bestimmten, für alle Zeit fest umgrenzten Raum gebunden, der in seinem Umfang ständigen Veränderungen unterworfen ist. Ebenso wenig, wie es für die Landesgeschichte eine festumrissene räumliche Grenze gibt, sind für sie zeitliche Grenzen vorhanden. Landesgeschichte definiert Erich Keyser⁷⁾ als ein System von verschiedenen großen, sich überschneidenden Kreisen und Ellipsen, deren Mittelpunkte zusammenfallen, aber auch voneinander getrennt sein können.

Der Raum der Geschichte und der Raum der Natur gehören besonderen Ordnungen an: Die geographische Landschaft ist von Anfang an da, die historische nicht, die erst in dem Augenblick entsteht, wo sich ein Landesteil durch die Einwirkung historischer Momente dauernd von seiner Nachbarschaft zu scheiden beginnt.

In der Landeskunde, deren Aufgabe es ist, die Abhängigkeit der geschichtlichen Entwicklung eines Landes von der Beschaffenheit der Erdoberfläche zu untersuchen, wird vielfach festgestellt, daß die landesgeschichtlichen Bevölkerungsgruppen weit stärker den natürlichen Landschaften sich anzupassen pflegen, als es bei

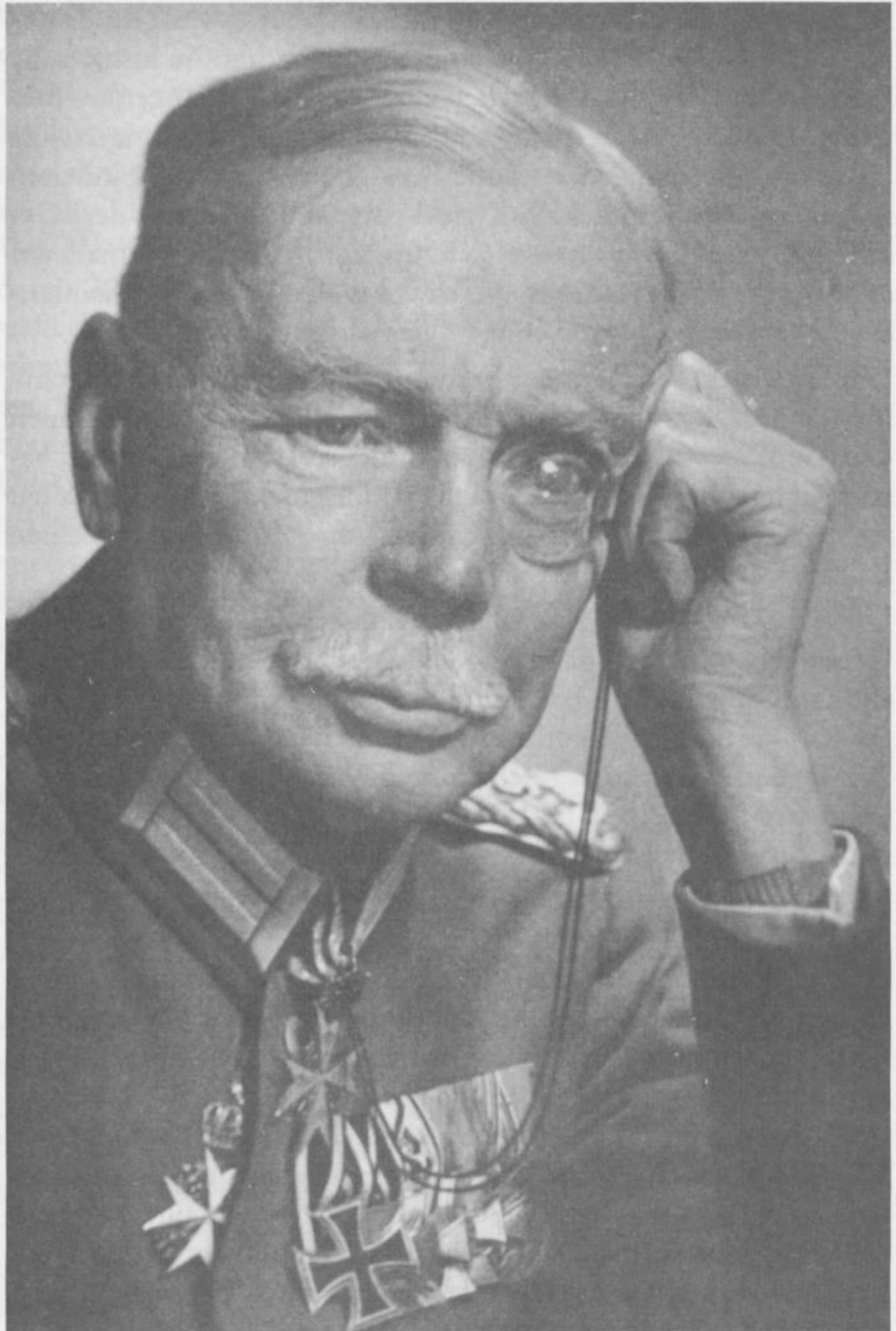
⁷⁾ Die Geschichtswissenschaft. Aufbau und Aufgaben. München 1931 in Ziff. 5a „Landesgeschichte“ S. 83–108. Hier S. 103.

Staaten geschieht. Landesgeschichte ist daher etwas grundsätzlich anderes als Territorialgeschichte, die immer die historische Existenz bestimmter politischer Gebilde der Vergangenheit betrifft; denn Territorien sind landesherrliche Schöpfungen, die mit dem Untergang der Landesherrschaft in andere Einheiten aufgehen. Landesgeschichte ist keineswegs Summe der Geschichte jener Territorien gleichzusetzen, die sich ehemals auf dem Boden Württembergs, Thüringens oder auch des Rheinlandes befunden haben, um einige Beispiele zu nennen.

Die Geschichte einer Stadt verdient in einer Landesgeschichte nur dann Erwähnung, wenn in ihr besondere Entwicklungslinien der Landesgeschichte sichtbar sind oder sie diese maßgebend bestimmt haben. Wird diese Beschränkung nicht beachtet, so hat man wohl die Summe der Geschichte von Städten und einzelnen Landesteilen, aber keine Landesgeschichte.

Doch lassen sich gesicherte Ergebnisse nur aus einer breiten Grundlage von regional und lokal gebundenen Einzeluntersuchungen gewinnen. Orts- und Flurnamenforschung, Dialektgeographie und Volkskunde tragen dazu bei. Gleiches gilt für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, die Entwicklung standortgebundener Gewerbe und Industrien, die Geschichte der Behördenorganisation, die Verwaltungs- und Verfassungsgeschichte und die Kirchengeschichte. Hier wird die Universalität des Landeshistorikers gefordert.

Politische Geschichte allein ist ein Teilaspekt, aber noch lange keine Landesgeschichte; und daß der Vergleich in der landesgeschichtlichen Forschung eine wichtige Rolle spielt, bedarf keiner besonderen Begründung; denn so problematisch auch Vergleiche sein mögen, sie sind unentbehrlich zur Gewinnung brauchbarer Vorstellungen; sie leisten um so bessere Dienste, je gewissenhafter man die beiderseitigen Grundlagen untersucht, auf denen sich die Vergleiche aufbauen. Vergleiche sind ein wichtiges Korrektiv, und jede nicht vergleichende Geschichtsschreibung bleibt Irrungen ausgesetzt – auch in der Landesgeschichte.



Generaloberst Hans von Seeckt. 1866 – 1936.
Von 1875 – 1879 Schüler am Detmolder Leopoldinum.

Generaloberst von Seeckt und das Reichsheer – ein Staat im Staate?

Die Gesellschaft – und in einem besonderen Maße die Bundeswehr – ist die Leidtragende vorausgegangener Versäumnisse in der Schule, dies um so mehr, wenn eine Gesellschaft weitgehend auf den Geschichtsunterricht verzichtet. Vielen Menschen erscheint die Geschichte Deutschlands als eine einzige Folge von Irrtum, Schuld, Aggressivität und moralischer Verweigerung. Die Vergangenheit, ihre Traditionen, Zeugnisse und Maßstäbe werden vielfach aus keinem anderen Grund verworfen, als weil sie Vergangenheit waren. Brigadegeneral Heinz Karst nahm hierzu Stellung („Soldatische Tradition in geschichtsferner Gesellschaft?“): „Ein Volk, das mit verlegenem Schweigen an seiner Geschichte vorbeizugehen bemüht ist, wird kaum zu tragfähigen Überlieferungen kommen, zumal seine politischen Repräsentanten die Geschichte zu wenig in Anspruch nehmen und sie der Jugend zu selten deuten.“

Die Ära Heinrich Drakes – speziell die Weimarer Republik, das Reichsheer und die Reichsmarine – leidet sehr unter dieser Geschichtslosigkeit. Denn mit der Hilfe von Schlagwörtern wird sie mißdeutet und mißverstanden. Das klassische Beispiel eines Schlagworts in der Weimarer Republik ist „Staat im Staate“. „Drei Dinge gibt es“, so Generaloberst Hans von Seeckt, „gegen die der menschliche Geist vergebens ankämpft: die Dummheit, die Bürokratie und das Schlagwort.“ Alle, die das Schlagwort nicht entbehren können, sind nicht in der Lage, ihre eigenen Gedanken zu denken. Wissen, auch das aus dem Studium der Geschichte gewonnene, sei nur dann von lebendigem, praktischem Wert, meinte Seeckt, wenn es verarbeitet, wenn aus der Fülle der Einzelheiten das Bleibende, das Wichtige gewonnen und dem eigenen geistigen Schatz einverleibt werde.

Wegen der geographischen Zentrallage in Europa hat das militärische Leben eine größere Rolle in Deutschland als in anderen

Ländern gespielt. Das preußische Offizierkorps entstand und wurde von drei Faktoren beeinflusst: vom christlichen Missionsgedanken, vom Pietismus und vom Ehrbegriff.

Christliche Traditionen stammen aus der Zeit des Ritterordens. Der Soldatenkönig, Friedrich Wilhelm I., Vater Friedrichs des Großen, war vom Pietismus von August Hermann Franke stark geprägt, denn er hob die Stellung des Königs und den Staat besonders hervor. Die Vervollkommnung der einzelnen Persönlichkeit, die in der Verwirklichung des Ehrbegriffes bestand, sollte zu einem höheren Typus von Mensch führen. Kaiser Wilhelm I. betonte dies in seiner Ehrengerichtsordnung von 1874.

Die Entwicklung des Berufsheeres brachte mit sich ein neues Element, das des Verhältnisses zwischen Heer und Fürst, der in seiner Person das Land verkörperte. Seeckt schrieb in seinen „Gedanken eines Soldaten“: „Das Heer verkörpert, aus allen Stämmen und Ständen zusammengesetzt, sinnfällig die nationale Einheit des Staates und wird zu einer der stärksten Klammern des Staatsgebäudes. Er sichert nach außen den Bestand des Staates durch Bereitsein zur Abwehr eines Angriffs auf ihn und ist damit der Ausdruck des Staatswillens zur Selbstbehauptung.“

Der Staat in Preußen war nicht ein leerer abstrakter Begriff, sondern ein durchblutetes, lebendiges Gebilde, das auf dem Begriff der Pflicht gebaut war. „Was verlange ich vom Heer?“, fragte Seeckt, „Staatsgesinnung. Was verlange ich vom Staat? Liebe zum Heer.“ Kants Philosophie verkörperte diesen preußischen Gedanken der Pflicht. Der am Staats- und Pflichtbegriff geschulte Geist durchdrang den ganzen deutschen Kreis des Denkens und Schaffens. Der sachliche, oft kalte Ordnungssinn, der erst von Preußen ausging, gab dem deutschen Geist die Organisationsfähigkeit. Dieser Preußengeist war in erster Linie ein militärischer Geist.

Johannes Friedrich Leopold von Seeckt wurde am 22. April 1866 als drittes Kind des Kgl. Preußischen Hauptmanns Richard August von Seeckt (4. 11. 1833 – 15. 3. 1909) im damals im preußischen Besatzungsgebiet liegenden Schleswig geboren. Die Mut-

ter, Auguste von Seeckt (28. 7. 1834 – 19. 1. 1919), war eine Kusine des Vaters. Vom 15. 10. 1874 bis zum 12. 3. 1881 war der Vater Seeckt Kommandeur des Infanterie-Regiments Graf Bülow von Dennewitz (6. Westf.) Nr. 55 in Detmold. In dieser Zeit besuchte der junge Seeckt das Leopoldini-Gymnasium. Zur feierlichen Einweihung des Hermannsdenkmals meldete der Regimentskommandeur sein auf dem Schloßplatz angetretenes Regiment Kaiser Wilhelm I. Zuletzt als General der Infanterie war der Vater Seeckt Kommandierender General des V. Armeekorps in Posen (1891 – 1897).

Hans von Seeckt legte seine Reifeprüfung im Protestantischen Gymnasium in Straßburg i. Elsaß am 17. 7. 1885 ab, bei der es im Urteil hieß: „... von Seeckt ist in der deutschen Literatur ungewöhnlich belesen und hat für die Werke derselben ein feines, tiefdringendes Verständnis.“ Hierzu schrieb er später: „Die Verbindung zwischen Soldatentum und humanistischer Bildung ist keine zufällige. Gerade der Soldat bedarf der Schulung des Geistes und des Blickes in die Weite, wenn er nicht im Handwerksmäßigen verflachen will. Er bedarf der Aufrichtung an klassischen Vorbildern...“ Als klassisch bezeichnete er: „Das Gleichmaß der Dinge, das Ausgeglichensein, die Symmetrie... zwischen Wollen und Können..., zwischen Mittel und Zweck.“

Am 4. 8. 1885 trat Seeckt als Avantageur (Offizieranwärter) in die 5. Kompanie des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1 ein. Hier wurde er am 15. 1. 1887 zum Secondelieutenant und am 27. 1. 1894 zum Premierleutnant ernannt. Er heiratete Dorothea Jacobson, adoptiert Fabian (3. 12. 1872 – 27. 1. 1948) am 3. 6. 1893. Diese Ehe blieb kinderlos.

Nach Besuch der Kriegsakademie wurde Seeckt zunächst ohne Patent (später mit 27. 1. 1900 X6x festgelegt) zum Hauptmann befördert. In den Jahren bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges besuchte Seeckt Paris, Ägypten, Algerien, Indien und Afghanistan, Besuche, die für seine Weltaufgeschlossenheit zeugen. Vom 20. 2. 1912 bis zum 4. 4. 1913 war Seeckt Bataillonskommandeur im 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109 in Karlsruhe und dann anschließend Chef des Generalstabes des

III. Armeekorps unter General der Infanterie von Lochow in Berlin. Mit diesem Korps rückte er 1914 ins Feld. Der Durchbruch der französischen Front bei Soissons im Januar 1915 lenkte die Aufmerksamkeit Falkenhayns (Chef des Generalstabes des Feldheeres) auf Seeckt, der am 27. 1. 1915 zum Oberst befördert und am 9. 3. 1915 zum Chef des Generalstabes der 11. Armee (v. Mackensen) ernannt wurde. Dem AOK 11 gelang der Durchbruch der russischen Front in Galizien bei Gorlice-Tarnow in den ersten Maitagen 1915. Innerhalb von zwei Monaten waren Galizien und Polen erobert, und die russische Südfront brach zusammen. Mackensen wurde zum Generalfeldmarschall befördert. Außer der Reihe wurde Seeckt am 26. 6. 1915 zum Generalmajor ernannt. Für seine große Leistung als Chef des Generalstabes bei Mackensen erhielt er den Orden „Pour le mérite“.

Mackensen schrieb später über Seeckt: „Militärisch hochbegabt und vielseitig gebildet, von durchdringender Verstandesschärfe, klar, knapp und bestimmt im Urteil, beherrschte Seeckt alle Zweige des Generalstabsdienstes und der Armeeführung mit vollendeter Sicherheit. Bei aller Gründlichkeit und Genauigkeit im Erfassen, wahrte er sich stets beherrschenden Überblick über das große Ganze. Unbestreitbar lag etwas Geniales in seiner Natur, das ihn zu hohen und höchsten Führerstellungen befähigte.“

Der Herbst 1915 brachte die überraschend schnelle Eroberung Serbiens durch die nunmehrige Heeresgruppe Mackensen. Falkenhayn aber dachte bereits an Verdun im Westen und konnte sich nicht entschließen, Seeckts dringenden Vorstellungen zu folgen und den Angriff auf Saloniki ausdehnen. Am 27. 11. 1915 wurde Seeckt das Eichenlaub zum Pour le mérite verliehen. Vom 1. 7. 1916 ab stand Seeckt dem Chef des Generalstabes des Feldheeres zu besonderer Verwendung zur Verfügung und kam als „Ober-Generalstabschef“ zur k. u. k. 7. Armee, später als Chef des Generalstabes zur neugebildeten Heeresgruppe Erzherzog Karl, die nach Karls Thronbesteigung im November 1916 in Heeresgruppe Erzherzog Joseph umbenannt wurde. Erzherzog Joseph schrieb über Seeckt: „Schade, daß Seeckt ein Deutscher ist, denn sonst würde ich sagen, daß er der einzige Mensch sei,

den ich, jede Verantwortung auf mich nehmend, als einzige vollkommen geeignete Person, Conrad (den österreichischen Chef des Generalstabes) zu ersetzen, empfehlen könnte... Ein hervorragender General ist mir noch nicht untergekommen als er, mit dem es eine Freude ist, zusammenzuarbeiten.“ Ein bemerkenswertes Urteil! Seeckt war einer der wenigen Deutschen, die es verstanden, mit den Österreichern gut zusammenzuarbeiten.

Am 2. Dezember 1917 wurde Seeckt unter Beförderung zu einem türkischen Generalleutnant als Chef des Generalstabes des osmanischen Feldheeres nach der Türkei kommandiert und der dortigen Militärmission zugeteilt. Nach dem türkischen Waffenstillstand vom 30. 10. 1918 mußte Seeckt nach Deutschland zurückfahren. Auf dieser Rückfahrt erhielt er die Nachricht von der Abdankung des Kaisers. Erst nach Ausbruch der Revolution traf Seeckt am 13. 11. in Berlin ein.

Am 10. November sprach Friedrich Ebert telefonisch mit Generalleutnant Groener, dem Ersten Generalquartiermeister. Der Chef des Generalstabes, Generalfeldmarschall von Hindenburg, schrieb in einem Telegramm: „Es kann bekanntgegeben werden, daß die OHL mit dem Reichskanzler Ebert, dem bisherigen Führer der gemäßigten sozialdemokratischen Partei, zusammengehen will, um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern.“ Die SPD hatte weder Vorbereitungen für eine Heeresorganisation getroffen noch eine Gruppe von Experten hierfür bereitgehalten. Nur zusammen mit der alten Armee glaubte Ebert, Deutschland vor der Gefahr des Bolschewismus retten zu können.

Mit der Niederlage brach die alte Struktur Deutschlands ohne sofortigen Ersatz zusammen. Die Tat der Gründung einer Republik, einer äußerlichen, reinen verfassungsmäßigen Änderung hatte zunächst kaum Wirkung.

Ebert ernannte Gustav Noske am 27. 12. 1918 zum Volksbeauftragten für Heeres- und Marineangelegenheiten. Noske entschloß sich, sich auf die alten Offiziere zu verlassen, die treu zur Regierung standen, um ein Gegengewicht zu den Kommunisten und Spartakisten beizubehalten.

Generalmajor von Seeckt trat am 12. 1. 1919 wieder in den aktiven Dienst und übernahm die Verbindungsstelle Königsberg. Er wurde auch Chef des Generalstabes des Oberkommandos Grenzschutz Nord. Sobald die Kämpfe in Berlin zu Ende waren, fanden die Wahlen zur Nationalversammlung statt. Die provisorische Regierung Eberts übertrug ihre Befugnisse der Nationalversammlung, die nunmehr in Weimar zusammentrat. Ebert wurde Reichspräsident und beauftragte Scheidemann als Ministerpräsident mit der Bildung einer Koalitionsregierung, in der Noske das Amt des Reichswehrministers übernahm.

Kurt Eisner in München erkannte die Nationalversammlung nicht an und wurde am 21. Februar von einem jungen Offizier erschossen. Unter dem Einfluß der Ungarischen Sowjetrepublik wurde in Bayern ebenfalls eine Sowjetrepublik ausgerufen. Noskes Truppen kämpften vom 1. bis zum 3. 5. in München und eroberten schließlich die Stadt. Mit gleichen Mitteln wurden Aufstände in Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet, im Baltikum und in den Nordseehäfen beseitigt.

Seeckt wurde am 28. 4. 1919 zum Militärberater der deutschen Delegation in Versailles ernannt. Er geriet damit in schwere und nachwirkende Kontroversen mit dem Außenminister und späteren Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, dem Seeckt Schädigung der Militärbelange vorwarf. Am 6. Mai schrieb Seeckt: „Ich habe gestern an Groener privatim und vertraulich geschrieben, ich beabsichtigte nach Abschluß dieser Friedensaufgabe meinen Abschied zu nehmen.“ Am 14. Mai war Seeckt wieder in Berlin zu Besprechungen im Kriegsministerium und im Generalstab.

Groener hielt ein Heer von 350.000 Mann für nötig, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, und meinte, Deutschlands Politik sei nicht mehr tonangebend. Am 26. März hatte er bereits an den preußischen Kriegsminister, Oberst Walther Reinhardt, geschrieben: „Wie groß das Zukunftsheer Deutschlands sein kann, bestimmt zunächst der Feind, wie gut es sein wird, bestimmen wir. Nicht alle Offiziere können bleiben, daher die besten Männer vor die Front! Gerade die Neuorganisation, die Verkleine-

rung des Heeres gibt Gelegenheit, das Offizierkorps von den ihm aus dem Kriege und aus der Revolutionszeit anhaftenden Schlacken zu reinigen, wenn ein feste und zielbewußte Hand den Bau leitet.“

Die Alliierten überreichten den deutschen Delegierten den endgültigen Friedensvertrag am 17. 6. 1919. Ebert zog das Kabinett zu Rate. Es gab Meinungsverschiedenheiten, und Scheidemann trat zurück und wurde durch Gustav Bauer ersetzt. Hindenburg ließ Groener dem Reichspräsidenten mitteilen: „Die Wiederaufnahme von Feindseligkeiten hat keine Aussichten.“ Hindenburg riet, den Frieden so zu akzeptieren. Er trat am 24. 6. zurück. Ein Abschiedsgesuch von Seeckt vom darauffolgenden Tage wurde nicht angenommen. Er wurde am 3. 7. 1919 mit der Wahrnehmung der Geschäfte des aufzulösenden Generalstabes des Heeres beauftragt und wurde am 5. 7. Vorsitzender der Vorkommission für die Organisation des Friedensheeres. Dazu kam am 19. 7. die Ernennung zum Vorsitzenden des Ausschusses für die Organisation des Reichswehrministeriums. Ein bestimmter Gegensatz zwischen Seeckt und Reinhardt war zu erkennen.

Am 7. 7. 1919 schrieb Seeckt an Hindenburg: „Wenn es mir gelingt, nicht die Form, sondern den Geist zu erhalten, dann werde ich in meiner Tätigkeit nicht nur die des Totengräbers des Generalstabes sehen dürfen.“ In einem Erlaß vom selben Tag an die Generalstabsoffiziere stellte Seeckt fest:

„In dem Augenblick, in dem ich an die Spitze des Generalstabes trete, empfinde ich die Notwendigkeit, daß zwischen uns Generalstabsoffizieren volle Klarheit der Auffassungen und Einigkeit im Denken und Wollen herrscht... Unsere Pflicht liegt klar vor uns. Wir müssen mitarbeiten am Zusammenhalt und Wiederaufbau des Reiches, an der Begründung und Entwicklung des neuen Heeres. Wir müssen die Augen weit aufmachen gegenüber den uns auferlegten, nicht mehr abwendbaren Notwendigkeiten der neuen Zeit und festen Willens auf neuem Grund an den Aufbau einer neuen Zukunft gehen. Diese Erkenntnis und diesen Willen setze ich bei jedem Generalstabsoffizier voraus, und das Verbleiben jedes einzelnen im Generalstab gilt mir als seine Zustim-

mung... Die Stunde verlangt von jedem Deutschen und in ihr verlange ich von jedem Generalstabsoffizier, daß er seine persönlichen Gefühle zurückstellt hinter die Notwendigkeit, unsere Pflicht zu tun.

Keiner von uns zweifelt daran, daß Deutschland nur eine Zukunft haben kann, wenn es uns gelingt, in unserer neuen, wenn auch noch so kleinen, Armee einen Hort der Ordnung, eine nie versiegende Quelle nationalen Denkens, nationaler Kraft zu schaffen... Wenn wir arbeiten wollen, so müssen wir heraus aus dem Lärm des Tages. Daß der Offizier Verständnis gewonnen hat für die Fragen der Öffentlichkeit, daß er teilnimmt am politischen Leben des Volkes, ist ein Fortschritt unserer Zeit. – Daß so viele sich verpflichtet fühlen, ihre Ansichten der breiten Masse mitzuteilen, in den Kampf des Tages mit lauter Stimme einzugreifen, ist eine schlechte Sitte und widerspricht den besten Überlieferungen des Generalstabes.“

Der Friedensvertrag wurde in Versailles am 28. 6. 1919 unterzeichnet. Die Hauptbedingungen im militärischen Bereich waren: die Verminderung der Heeresstärke auf 7 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen mit einer Gesamtstärke von 100.000 Soldaten und Beamten sowie 300 Sanitätsoffiziere und 200 Veterinäre; die Verminderung der Reichsmarine auf 15.000 Mann; die Auflösung des Generalstabes; die Abschaffung der Wehrpflicht; eine ununterbrochene Dienstzeit von 25 Jahren für Offiziere und 12 Jahren für Unteroffiziere und Mannschaften; Verbot militärischer Flugzeuge sowie aller Mobilmachungsmaßnahmen; Räumung einer 50-km-Zone östlich des Rheines; Einsetzung einer Kontrollkommission der Alliierten.

Der Versailler Vertrag galt als Reichsgesetz. Mit der Verabschiedung der Reichsverfassung und ihrem Inkrafttreten am 11. 8. 1919 waren die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, unter denen sich der Umbau des Heeres und der Marine zu vollziehen hatte. Zwangsweise mußte die neue Reichswehr (Heer und Marine) bemüht sein, die kleinlichen Bestimmungen des Vertrages zu umgehen. Jedes Bemühen brachte mit sich, daß die

öffentliche Moral des Staates geschwächt wurde, auch wenn die Bemühungen im Sinne des Staates waren.

Im neuen Reichsheer wurden Generalmajor Walther Reinhardt Chef der Heeresleitung und Generalmajor Hans von Seeckt Chef des Allgemeinen Truppenamtes. Die Frage der Dolchstoßlegende und die Entlassung so vieler Offiziere und Soldaten, um das Heer auf die vorgeschriebene Stärke zu reduzieren, erregten die Gemüter. Der Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 1, General Frhr. von Lüttwitz, weigerte sich, die verschiedenen Freikorps aufzulösen. In Verbindung mit Generallandschaftsdirektor Dr. Wolfgang Kapp fand ein Putsch statt, der als „Kapp-Putsch“ in die Geschichte eingegangen ist.

Über diesen Putsch sind viele Legenden insbesondere über angebliche Aussagen von General von Seeckt entstanden, wobei die gängigsten sind: „Truppe schießt nicht auf Truppe“ und „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“. Es ist ein Verdienst des bedeutenden Seeckt-Biographen, des ersten Amtschefs des MGFA in Freiburg, daß mit solcher Geschichtsklitterung aufgeräumt worden ist. Oberst Dr. Meier-Welcker schreibt über eine Beratung der militärischen Führer in Berlin, die Noske am 13. 3. um 1 Uhr nachts einberief. Der erste Biograph Seeckts, General der Artillerie von Rabenau, habe, so Meier-Welcker (S. 258), „von der Nachtsitzung eine romanhafte Darstellung gegeben, die durch nichts belegt ist“. Der spätere Chef der HL, Generaloberst Frhr. von Hammerstein-Equord, der bei der Sitzung anwesend war, stellte fest, daß die Seeckt in den Mund gelegten Sätze gar nicht gesprochen wurden. Von einer „Weigerung“ Seeckts, auf die in Berlin einmarschierende Brigade Ehrhardt schießen zu lassen, kann nicht die Rede sein. Dies ist nur eine Verkennung der Dienststellung Seeckts, der keine Kommandogewalt hatte. Der damalige Chef der HL, Generalmajor Reinhardt, der nicht in Verdacht stand, Seeckt gegenüber besonders wohlgesonnen zu sein, schrieb in einem Bericht: Das Ergebnis der Beratung beim Reichswehrminister sei später „vielfach mißdeutet worden“. Es habe sich keineswegs „bei den abratenden Offizieren um die

Weigerung zu kämpfen gehandelt, sondern eben nur um den Rat, um den sie gefragt worden waren“.

Die sozialdemokratischen Minister ließen zum Generalstreik aufrufen, der sich erst am dritten Tag, einem Montag, ernstlich auswirkte. Daß dem Streik das Hauptverdienst für das Scheitern Kapps zukommen solle, ist auch eine Legende, die noch heutzutage von den Gewerkschaften gepflegt wird. Mit der Ausnahme des Vizekanzlers Schiffer, der in Berlin blieb, wich die Regierung auf zunächst Dresden und dann Stuttgart aus. Den Putschisten Geld auszuzahlen, hatten Ebert und Reichskanzler Bauer verboten. Ehrhardt weigerte sich, es aus der Reichsbank zu holen, mit der Erklärung, er sei Offizier. Die Beamten gehorchten dem selbsternannten Reichskanzler Kapp nicht. Durch den Zusammenbruch des Putsches wurde Seeckt zur militärischen Schlüsselfigur. Reichswehrminister Gustav Noske wurde von seiner eigenen Partei gezwungen, zurückzutreten. Mit ihm verschwand fast das einzige Element, das die Reichswehr in einer gewissen Verbindung zur Sozialdemokratie gehalten hatte.

Auf Anordnung der alten Regierung und des Reichswehrministers Noske erhielt Generalmajor von Seeckt den Oberbefehl über die Reichswehr Gruppe 1. Noske bot dem Reichspräsidenten seinen Rücktritt am 18. 3. an und kehrte nicht mehr ins Amt zurück. Er wurde anschließend Oberpräsident in Hannover. Seeckt wurde mit der Stellvertretung des Ministers betraut. Erst am 28. 3. übernahm der Demokrat Dr. Otto Geßler das Reichswehrministerium. Fast acht Jahre blieb er im Amt, eine bemerkenswerte Stabilität, wenn man die häufig wechselnden Reichsregierungen betrachtet. Nach dem Rücktritt Reinhardts als Chef der HL wurde Seeckt zunächst ab dem 2. 4. 1920 kommissarisch mit der Wahrnehmung der Geschäfte betraut und am 5. 6. 1920 endgültig in dieser Funktion ernannt.

In der Zeit unmittelbar nach dem Kapp-Putsch forderte Seeckt als Stellvertretender Reichswehrminister am 19. 3.: „Wir Soldaten haben uns fern von der Politik zu halten, und so ist es erklärlich, daß Führer und Mannschaften ohne Prüfung dem militäri-

schen Befehl gefolgt sind. Sobald es gelungen war, den General-landschaftsdirektor Kapp und den General v. Lüttwitz aus ihren Stellungen zu entfernen, und die Truppe darüber aufgeklärt war, daß sie einer falschen Führung und irrigen Voraussetzungen zum Opfer gefallen war, ist sie in richtiger Disziplin wieder unter den Befehl der verfassungsmäßigen Gewalt zurückgekehrt.

In diesem Augenblick konnte ich den Befehl über die Truppen übernehmen, und ich weiß, daß sie mich nicht Lügen strafen wird, wenn ich versprochen habe, sie zum Schutz der verfassungsmäßigen Gewalt einzusetzen.“

Die Erklärung Seeckts vom 26. 3. 1920 erläuterte die entstandene Lage:

„Es ist ganz klar, daß vorläufig im Volke eine furchtbare Mißstimmung und ein großes *Mißtrauen* gegen alles herrscht, was Offizier ist. Wir müssen nun die Suppe aussessen, die diese Leute uns eingebrockt haben. Ich habe die Sache kommen sehen. Ich habe *gewarnt* nach allen Richtungen hin... Als der Putsch Tatsache wurde, habe ich sofort meinen Abschied gegeben. Ich habe erklärt, daß ich mich dem General v. Lüttwitz unter keiner Bedingung und in keiner Form unterstelle... Wie ist nun die ganze *Stimmung*, die den blödsinnigen Putsch möglich machte, in das *Offizierkorps* gekommen? Ein verlorener Krieg, nach langen Kriegsjahren überall ziemlich verbrauchte Nerven. Die schwere Enttäuschung, die tiefgreifende Veränderung in den Verhältnissen des Offizierstandes, die schlechte Behandlung der Offiziere bei Beginn der Revolution, sehr viele übertriebene Angriffe... Und wie sieht die *Zukunft* für uns aus? Wir dürfen nicht vergessen, daß uns durch den Friedensvertrag *ein Söldnerheer*, oder wenn man will, ein *Prätorianerheer*, aufgenötigt worden ist. Ein solches Söldnerheer bildet *immer eine Gefahr im Staate*. Es würde auch ebenso eine Gefahr sein, wenn es ein *rotes Söldnerheer* wäre. *Ein Heer ist nur dann ungefährlich, wenn es einen integrierenden Teil der Volksgemeinschaft darstellt*... Solange wir aber das Heer in seiner jetzigen Gestalt haben, muß wenigstens dafür gesorgt werden, daß es *aus allen Schichten der Bevölkerung* zusammengesetzt wird. Wir können kein einseitiges Heer gebrau-

chen – die *Arbeiter* und *Bürger* müssen mit dabeisein . . . Man soll die Offiziere und die Truppen nicht politisieren, aber man muß sie *politisch aufklären*, muß ihnen zeigen, wo die Interessen und Ziele des Vaterlandes liegen. Man muß ihnen klarmachen, daß für Deutschland nur *eine ruhige, demokratische Entwicklung* möglich ist . . . *Nur eine ruhige fortschreitende demokratische Entwicklung Deutschlands kann uns eine achtunggebietende Stellung in der Welt wiedergeben.*“ Wegen dieser Ansprache wurde Seeckt teils scharf angegriffen. Es waren sogar Bestrebungen im Gange, ihn aus dem Verein des Alten Alexander-Regiments auszuschließen, die allerdings abgelehnt wurden.

Ein Befehl Seeckts vom 26. 2. 1921 lautete:

„ . . . Nur die Regierung ist berechtigt, im Namen des deutschen Volkes, das sie berufen hat, zu handeln. Das Heer muß ihre treueste Stütze sein. Für uns Soldaten ist heute wie stets der Gehorsam die höchste und unbedingte Pflicht; die rücksichtslose Bekämpfung jeder Umsturzbewegung, woher sie auch kommen mag, eine Selbstverständlichkeit.“

General der Artillerie Friedrich Wilhelm Hauck schrieb zur Stellung der Reichswehr im Staate: „Die rasch wechselnden Regierungen hatten keine klaren wehrpolitischen Vorstellungen, so daß die Reichswehrführung auch dieses Vakuum füllen mußte. Das gab ihr starken Einfluß auf alle politischen Fragen, die ihr wichtig schienen. Man darf ferner einen Punkt nicht übersehen, der bei der Beurteilung Seeckts und der Reichswehr gemeinhin vergessen wird: die Reichswehr war nach der Verfassung ein Präsidialheer, kein Parlamentsheer wie heute die Bundeswehr. Sie war in das demokratische Verfassungssystem, jedoch nicht voll in das parlamentarische einbezogen. Staatsrechtlich und faktisch unterschied sich ihre Position sehr wesentlich von der der Bundeswehr. Man kann also die Gestalten der damaligen Zeit nicht einfach nach heutigen Maßstäben beurteilen und verurteilen.“

Eine bedenkliche Schwäche der Weimarer Republik war die unklare, zwiespältige und ablehnende Haltung zum Wehrgedanken bei denjenigen Parteien, die sich in besonderem Maße für die re-

publikanische Staatsform einsetzten. Daß die SPD auf eine eigene Wehrkonzeption verzichtete, erfüllte führende Kräfte der Partei, wie z. B. den preußischen Ministerpräsident Braun, mit Sorge. Braun sah ein, daß mit einer zunehmenden Hetze gegen die Reichswehr zugleich die Grundlagen von Staat und Demokratie abgebaut würden.

Seeckt veranlaßte nunmehr im Heer eine bewußte Abkehr von Vorstellungen des Stellungskrieges. Er erzog zu „beweglichen Operationen moderner Art, zur Beweglichkeit vor allem des Denkens“ (Hauck). Die geistige Auseinandersetzung mit den Waffen, die im Versailler Vertrag verboten wurden, war von den Siegermächten nicht zu unterbinden. Wichtige Vorschriften wurden herausgegeben, wie die „F.u.G.“ vom 1. 9. 1921: „Führung und Gefecht der verbundenen Waffen“, die A.V.I. und die A.V.A.

Seeckt trat für eine engere, aber begrenzte Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ein. In diesem Gedanken traf er sich mit dem Reichskanzler Dr. Wirth. Im April 1922 hatten Wirth und Außenminister Rathenau einen geheimen Vertrag in Rapallo unterschrieben. Seeckt schrieb über diesen Vertrag mit der Sowjetunion an General Hasse am 17. 5. 1922: „Mir scheint eine nachträgliche Angst vor dem Rapallo-Vertrage in Berlin einzusetzen. Ich sehe ihn nicht in seinem materiellen Inhalt, sondern in seiner moralischen Wirkung. Er ist die erste, aber eine sehr wesentliche Stärkung des deutschen Ansehens in der Welt. Das liegt daran, daß man mehr hinter ihm vermutet, als tatsächlich begründet ist.“ Dieser Vertrag führte zur Errichtung von Ausbildungszentren in der UdSSR für deutsche Flieger und die zukünftige Panzertruppe.

Als Stellungnahme zu einem Merkblatt des Grafen Brockdorff-Rantzau schrieb Seeckt über Deutschlands Außenpolitik: „Mit Polen kommen wir zu dem Kern des Ostproblems. Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird verschwinden durch eigene innere Schwäche und durch Rußland – mit unserer Hilfe. Polen ist für Rußland noch unerträglicher als für uns; kein

Rußland findet sich mit Polen ab. Polen kann niemals Deutschland irgendwelchen Vorteil bieten, nicht wirtschaftlich, denn es ist entwicklungsunfähig, nicht politisch, denn es ist Vasall Frankreichs... Polens Deutschfeindlichkeit ist keiner Steigerung fähig... Wir wollen zweierlei: erstens eine Stärkung Rußlands auf wirtschaftlichem und auf politischem Gebiet und damit indirekt die eigene Stärkung, indem wir einen zukünftigen möglichen Bundesgenossen stärken; wir wollen zunächst ferner zuerst vorsichtig und versuchend die unmittelbare eigene Stärkung, indem wir eine uns im Bedarfsfall dienstbare Rüstungsindustrie in Rußland heranzubilden helfen...“

Häufig werden Zitate Seeckts aus dem Zusammenhang gelöst, wie wir beim Kapp-Putsch gesehen haben. „Die Reichswehr steht hinter mir“ ist noch so ein Schlagwort. Dies hatte Seeckt 1922 gesagt. Wheeler-Bennett verlegt die Wörter in das Jahr 1923. Mit dieser Aussage hat Seeckt dem Reichspräsidenten gegenüber zum Ausdruck gebracht, die Reichswehr sei zuverlässig. Es bedurfte keines Zusatzes von Seeckt, daß er hinter dem Reichspräsident stehe. Einmal auf eine Frage eines anderen, ob die Reichswehr eigentlich zuverlässig sei, antwortete Seeckt: „Ob sie zuverlässig ist, weiß ich nicht“, womit er sich von dem parteipolitischen Ausgangspunkt des Fragestellers distanzierte – „aber sie gehorcht.“ Es war Rabenau, der das Wort „mir“ hinzufügte, ohne quellenmäßige Grundlage dafür gehabt zu haben.

Den Anstoß zur Inflation in den frühen 1920er Jahren hatte ein Überhang an Kaufkraft infolge der Vermehrung von Krediten und Zahlungsmitteln durch die Reichsbank gegeben. Am 11. 1. 1923 benötigte man 10.000 Mark, um einen Dollar zu kaufen. Dies war der Tag des französischen und belgischen Einmarsches ins Ruhrgebiet. Die Ausrufung des passiven Widerstandes tat ein übriges, um der deutschen Währung den Garaus zu geben. Im August 1923 war der Dollarkurs der Mark bereits auf 4,6 Millionen Papiermark geklettert. Der passive Widerstand wurde durch Proklamation des Reichspräsidenten Ebert am 26. 9. 1923 aufgehoben. In ganz Deutschland herrschte aber Unruhe, in München, in Sachsen, in Thüringen. Mit der Aufhebung des pas-

siven Widerstandes im Ruhrgebiet übertrug Ebert dem Reichswehrminister Geßler die vollziehende Gewalt im Reich. Am darauffolgenden Tag brachte Hitlers „Völkischer Beobachter“ in München persönliche Angriffe auf Reichskanzler Stresemann und auf Seeckt selber. Seeckt befahl die Schließung der Zeitung. Der Kommandeur der 7. Division, Generalleutnant von Lossow, weigerte sich, diesem Befehl Folge zu leisten. Seeckt enthob ihn seines Amtes. Daraufhin nahm die bayerische Regierung den bayerischen Teil der Reichswehr „in Pflicht“ und bestätigte Lossow in seinem Amt. Hitler führte seinen Putsch am 8./9. 11. 1923 in München durch. In dieser Nacht übertrug Ebert dem Chef der HL, General von Seeckt, die vollziehende Gewalt im Reich. Vom Anfang November 1923 wird der Entwurf eines Briefes Seeckts an den bayerischen Generalstaatskommissar v. Kahr zitiert, obwohl er gar nicht abgesandt wurde. In diesem Entwurf heißt es: „Die Weimarer Verfassung ist für mich kein Nolimetangere; ich habe sie nicht gemacht, und sie widerspricht in den grundlegenden Prinzipien meinem politischen Denken.“ Diese Stelle zitiert Rabenau. Er ließ aber den bedeutenderen Teil des tatsächlich abgesandten Briefes weg: „Festhalten an den verfassungsmäßigen Formen und Wegen“, deren Aufgabe seiner Überzeugung nach große Gefahren berge, „und die deshalb nur im Falle äußerster Not aufgegeben werden sollen.“ Der Reichswehrminister Geßler berichtet (M.-W. S. 396), Ebert habe ihm wiederholt gesagt: „Wenn der Tag kommt, an dem die Frage auftaucht: Deutschland oder die Verfassung, dann werden wir Deutschland nicht wegen der Verfassung zugrunde gehen lassen.“

In diesem Krisenmonat November 1923 schrieb Seeckt in einem Erlaß an alle Kommandeure: „Eine Reichswehr, die in sich einig und in Gehorsam bleibt, ist unüberwindlich und der stärkste Faktor im Staate. Eine Reichswehr, in die der Spaltpilz der Politik gedrungen ist, wird in der Stunde der Gefahr zerbrechen...“

Seeckt diente der Regierung in vorbildlicher Weise. Er gab die an ihn übertragene vollziehende Gewalt unaufgefordert in die Hand

Eberts zurück. Der Reichspräsident konnte damit den militärischen Ausnahmezustand am 28. 2. 1924 aufheben.

Es entstand unter Seeckt, wie Oberst Kaulbach es schrieb, „im Unterschied zu Scharnhorst, bewußt und doch unwissentlich, etwas Zwiespältiges: ein militärisches Instrument von einmaliger Perfektion, das dem Staat in der Gegenwart diente, das dabei aber geistig in eine Art Brückenrolle hineinwuchs“. General der Artillerie Ludwig Beck schrieb 1936: „In rastloser, stiller Arbeit erwuchs unter Seeckt ein Muster- und Führerheer. Es wurde der stärkste Rückhalt für Volk und Staat in den wirren und irren Nachkriegsjahren.“

Mit dem Problem der Ausbildung im langdienenden Heer galt es, neue Wege zu finden, um alles Brauchbare zu übernehmen, grundsätzlich aber die Ausbildung so zu gestalten, daß sie den veränderten Verhältnissen Rechnung trug. Bei den langdienenden Soldaten konnte jährlich nur der zwölfte Teil der Mannschaft ausgetauscht werden, der weitaus größere blieb in der Einheit. Daher war es unmöglich, ein Lehrprogramm festzulegen, das für ein oder zwei Jahre geplant war, weil es sich dauernd wiederholte. Seeckt entschloß sich zur Einführung der sogenannten Klassenausbildung. Am Ende eines Jahres erfolgte eine Versetzung in eine andere Ausbildungsklasse. Durch diese neue Organisation blieb es dem älteren Soldaten erspart, sich immer wieder mit den Anfängen befassen zu müssen.

Seeckt wies darauf hin (GdA Beck), daß jede Ausbildung der Truppe vergeblich sei, wenn nicht gleichzeitig mit ihr der innere Wert der Truppe gehoben würde. Es gelte die moralische Festigung des einzelnen Mannes ebenso zu fördern, wie seine allgemeine Erziehung. Erst aus der Zusammenstellung sittlich gefestigter wie gut und gleichmäßig ausgebildeter Soldaten entstehe eine brauchbare Truppe. Die Wertschätzung der Technik durfte nicht dazu führen, zu vergessen, daß der Mann es sei, der bleibt, der den Kampf entscheidet. Der Einzelkämpfer müsse in moralischer, geistiger und militärischer Hinsicht auf eine hohe Stufe gebracht werden.

Mitte Januar 1924 kursierten Gerüchte von einem gegen Seeckt geplanten Attentat. Ein Prozeß gegen Mitglieder der Verschwörung fand vom 26. 5. bis zum 5. 6. 1924 statt. Daß Seeckt seine Befugnisse nicht zur Errichtung einer nationalen Diktatur ausnutzte, hatte bei einigen Menschen grenzenlose Enttäuschung hervorgerufen.

Reichspräsident Ebert starb am 28. 2. 1925. Bis zur Wahl des Nachfolgers amtierte Dr. Walter Simons als Reichspräsident. Am 12. 5. 1925 trat Generalfeldmarschall von Hindenburg sein Amt als neuer Reichspräsident an. Die Folge für Seeckt war eine unvermeidliche Verminderung seiner Autorität. Bisher war er der erste Soldat des Reiches gewesen. Jetzt übernahm Hindenburg als Generalfeldmarschall diese Rolle. Ebert als Zivilist, obwohl verfassungsmäßig Oberbefehlshaber der Reichswehr, war niemals im Stande gewesen, dies zu tun.

Stresemanns Außenpolitik forderte einen Sicherheitsvertrag mit Frankreich. Während einer Konferenz in Locarno im Oktober 1925 sagte Seeckt, daß „Versöhnung nur einen Sieg für Deutschlands Feinde bedeutete“, und ein Vertrag werde den ganzen Wiederaufbau der Reichswehr gefährden.

Bevor die Alliierten die Rheinland-Zone räumten, verlangten sie, daß Seeckts Befehlsgewalt über das Heer abgeschafft werden sollte. Stresemann akzeptierte diese Forderung. Hindenburg aber beförderte Seeckt mit Wirkung vom 1. 1. 1926 zum Generaloberst. Damit war ganz klar, daß Seeckt der ranghöchste aktive Offizier der Reichswehr blieb.

Das Verhältnis Seeckts zu seinem Minister Geßler war insgesamt kühl, und das zu Stresemann war gespannt. Geßler wurde in eine Kontroverse über Zweikämpfe verwickelt. Zu dieser Zeit berichtete eine sozialistische Zeitung, der Sohn des Kronprinzen habe in Reichswehruniform, ohne den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet zu haben, an einer Übung mit der Erlaubnis Seeckts teilgenommen. Seeckt hatte Geßler nicht informiert. Eine Welle der Empörung stieg empor. Geßler riet Hindenburg nunmehr, Seeckt zu entlassen. Eine Ablehnung müsse den Rücktritt des Ministers und des Kabinetts zur Folge haben.

Seeckt war der Meinung, Hindenburg würde ihn nicht entlassen. Er meldete sich bei dem Reichspräsidenten am 7. 10. 1926. Einen Tag später gab Hindenburg bekannt, daß er gezwungen sei, Seeckts Abschiedsgesuch zu genehmigen. Über Hindenburg meinte Seeckt: „Er hat zweifellos verfassungsmäßig gehandelt, wie er das weiter tun wird. Ich kann nur hoffen, daß dabei nicht einmal Wertvolleres verloren geht als der General von Seeckt!“ General von Rabenau nahm hierzu Stellung: „Das Werk des Aufbaus der Reichswehr war bislang die geschichtliche Mission von Seeckt. Ob ihm noch mehr hätte bestimmt sein können, hat das Schicksal nicht enthüllt. Der Heeresaufbau war nicht ein Werk für seine Person, sondern für Deutschland. Er baute es auf den Grundpfeilern der alten preußischen Armee, nämlich der Tradition und der selbstlosen Hingabe auf. Hätte er von sich aus den Kampf um seine Person aufgenommen und als Instrument hierfür das Heer eingesetzt, so hätte er selber die Grundpfeiler seines Aufbaues untergraben. Seeckt konnte kein Frondeur aus persönlichen Gründen sein... Seeckt war sich dessen wohl bewußt, daß der Feldmarschall seine schützende Hand über die Reichswehr hielt und halten würde. In dem schweigenden Gehen des Generalobersten lag eine geschichtlich gesehen, altpreußische Größe.“

Generaloberst Wilhelm Heye wurde Seeckts Nachfolger als Chef der Heeresleitung. Der Reichswehrminister Geßler trat 1928 zurück und wurde durch Generalleutnant Wilhelm Groener ersetzt. Damit hatten drei Offiziere der alten OHL wichtige Stellen inne: Hindenburg als Reichspräsident, Groener als Reichswehrminister und Heye als Chef der HL.

Nach seinem Abschied trat Generaloberst von Seeckt besonders als Schriftsteller hervor. Er schrieb mehrere Bücher, darunter „Gedanken eines Soldaten“, „Die Reichswehr“, „Moltke als Vorbild“ und „Die Zukunft des Reiches“. Er wurde Mitglied des Reichstages für die DVP (Stresemanns alte Partei) von 1930 bis 1932, trat aber in diesem nicht besonders hervor. Er war 1933 bei dem feierlichen Staatsakt in der Garnisonkirche zu Potsdam anwesend. Zwei längere Besuche in China folgten, bei denen er als

militärischer Berater Tschiang Kai-scheks tätig war. Er kam 1935 endgültig nach Deutschland zurück. Während seiner letzten Stunden in China erfuhr er von der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland.

Generaloberst von Seeckt feierte seinen 70. Geburtstag am 22. April 1936. Als besondere Ehrung ernannte ihn Hitler zum Chef des Infanterieregiments 67, welches die Tradition seines alten Alexander-Regiments weiterführte. Am 6.12.1936 machte Seeckt seine letzte Eintragung in sein Tagebuch. Infolge eines Herzschlages starb er am 27. Dezember. Beim Staatsbegräbnis auf dem Berliner Invalidenfriedhof zerschlug der Großneffe des Verstorbenen, Kurt von Wallenberg Pachaly, nach alter Sitte das Wappen des ausgestorbenen Geschlechts von Seeckt und warf die Bruchteile in das offene Grab.

Es ist ein Genuß, den klaren, einprägsamen Stil des Generalobersts in seinen Schriften zu lesen. Vieles ist sehr aktuell geblieben, wie z. B. seine Behandlung des Worts „Pazifismus“: „Von der selbstverständlichen Friedensliebe des erfahrenen und verantwortungsbewußten Mannes bis zur knechtischen Unterwürfigkeit unter den Friedenswillen um jeden Preis reicht der Begriff des Pazifismus und ist somit ein des klaren Sinnes entbehrendes Schlagwort.“

In „Die Zukunft des Reiches“ schrieb er 1929: „In Zeiten politischer Neuorientierung besteht immer die Neigung zu einem Terrorismus auf geistigem Gebiet, und oft herrscht unter einer Flagge der Freiheit die größte Seelenknechtschaft.“ „Staatsweisheit ist es“, meinte er, „zu prüfen, ob nicht das Wohl des Staates mit dem Wohl der Partei, nicht das Wesen mit der Form verwechselt wird.“

Seeckt forderte, „daß das Heer kein Staat im Staat, aber ein Abbild des Staates ist. Entscheidend ist, daß das Heer das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Staat hat.“ Das berühmteste aller Schlagworte, „Staat im Staate“, stammt offensichtlich aus Freikorpskreisen. Der Freikorpsoffizier Helmut Franke veröffentlichte 1924 in Magdeburg ein Buch mit dem Titel „Staat im Staa-

te“. Darin forderte er, „Die Wehrmacht möchte, einsam und stark, Staat im Staate werden.“ Unter Seeckt trieb das Heer keine von der jeweiligen Regierung unabhängige Politik. Innenpolitisch war das Heer das Machtinstrument des Staates.

Generaloberst Karl Hollidt, ranghöchster lebender Offizier der alten Wehrmacht, meinte zu Seeckt: „Es war Seeckts einmaliges Verdienst, daß er in der Reichswehr eine Truppe schuf, die von einem hohen militärischen Ethos, von unbedingter Pflichttreue und von hehrer Vaterlandsliebe erfüllt war. Sein Bestreben war, die Truppe dem politischen Tagesstreit und -gezänk zu entziehen, damit sie ungehindert sich ihren schweren Aufgaben widmen konnte. Ich betrachte es als ein übles Schlagwort, wenn man von der damaligen Reichswehr als einem ‚Staat im Staate‘ spricht. Die Reichswehr unter Seeckt diente loyal und zuverlässig dem Deutschen Reich und seiner gewählten Regierung. Seeckt ist einer der bedeutendsten Soldaten, die das deutsche Heer sein eigen nennen durfte. In seiner Bedeutung darf man ihn Scharnhorst zur Seite stellen.“

Seeckt selber meinte einmal: „Zuhören, schweigen und zustimmen zu können, sind seltene Gaben, weit seltener als die Rednergabe selbst, die am schlimmsten wirkt, wenn ihr die Fähigkeit aufzuhören versagt ist.“

Ich schließe mit den Worten, die Generaloberst Hans von Seeckt über Alexander den Großen in seiner Schrift „Antikes Feldherrntum“ schrieb, die aber für Seeckt selber auch zutreffen: „Eins war sicher ihm eigen, was zum großen Führer gehört, der Einfluß auf seine Soldaten und auf alle, die in seinen Bann kamen.“

